

SOWMER

Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikationsorgan des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.
Einzel-Abonnement pro Quart. franco geg. franco 1,50 M.
Der Courier ist in die Postzeitungliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt IV, 950.
Geöffnet: 9-1 Uhr vorm., 3-7 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss
am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 46.

Berlin, den 15. November 1908.

12. Jahrg.

Den Transportarbeitern — Steine statt Brot —!

Die im Jahre 1902 eingeleiteten Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse in den gewerblichen Fuhrwerksbetrieben sind endlich dadurch zum Abschluß gelangt, daß der Beirat für Arbeiterstatistik in seiner letzten Sitzung von ihnen Kenntnis genommen hat. Der Bericht ist und gebar eine Maus. Unsere Kollegen kennen bereits die Vorschläge des Reichsgesundheitsamts bezüglich der Regelung der Arbeitszeit in Fuhrwerksbetrieben. Der Beirat ist über die Unwissenschaftlichkeit dieses Gutachtens mit uns einer Meinung. Dennoch schwingt er sich nicht zu viel besseren Vorschlägen auf.

Der Standpunkt des Reichsgesundheitsamts fand im Beirat nur von einer Seite Unterstützung. Von der anderen Seite wurde hervorgehoben, daß es einen Eingriff in die Tätigkeit des Beirats für Arbeiterstatistik bedeutet, wenn das Reichsgesundheitsamt zu Vorschlägen greift, die dem Beirat für Arbeiterstatistik vorbehalten bleiben müssen. Es stellte sich allerdings dabei heraus, daß dem Reichsgesundheitsamt ein so erweiterter Auftrag vom Reichsamt des Innern erteilt war; ein nicht empfehlenswertes Vorgehen, das mit den bisherigen Gepflogenheiten vollkommen bricht. Oder soll der Beirat lediglich Dekoration werden?

Der Beirat schloß sich dem Gutachten des Reichsgesundheitsamts nicht an, hielt vielmehr in seiner Sitzung in allen Teilen des Fuhrwerksbetriebes so übermäßige Arbeitszeit für vorliegend, daß für die Arbeiter daraus gesundheitsschädliche Folgen entstehen müssen. Von einem Regierungsvertreter wurde im Gegensatz hierzu mit großem Nachdruck der Standpunkt vertreten, das Droschen- und Kutschfuhrwerk von einer Regelung der Arbeitszeit auszunehmen. Desgleichen wurde darauf hingewiesen, daß die Arbeiter in diesen Betrieben bei der mündlichen Vernehmung vielfach selbst eine Beschränkung der Arbeitszeit abgelehnt haben. Der Beirat lehnte die dahingehenden Vorschläge ab und legte seine grundsätzliche Stellung in folgender Beschlusfassung nieder:

1. Den im privaten gewerblichen Fuhrwerksbetriebe Beschäftigten über 16 Jahre alten Personen ist eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens neun Stunden innerhalb der auf den Beginn ihrer Arbeit folgenden 24 Stunden zu gewähren.

Die Ruhezeit darf nur in Notfällen, sowie, falls die Ruhezeit auf 10 Stunden ausgedehnt wird, bis zu einer Stunde zum Füttern und Tränken der Pferde unterbrochen werden.

Der Zeitraum zwischen zwei Ruhezeiten, der auch die Arbeitsbereitschaft und die Ruhepausen umfaßt, darf höchstens 15 Stunden betragen.

2. Eine Verlängerung des Zeitraums zwischen zwei Ruhepausen ist für den Betrieb bis zu dreifach im Jahre zulässig. Doch darf diese Verlängerung in einer Kalenderwoche nicht ohne Genehmigung der Polizeibehörde mehr als zweimal erfolgen.

3. Den bei dem schweren Lastfuhrwerke und mit Stallarbeiten beschäftigten Personen sind zwischen den Arbeitsstunden zusammenhängende Pausen von zusammen mindestens zwei Stunden Dauer, darunter eine mindestens einstündige Mittagspause, zu gewähren.

4. Die im Fuhrwerksbetriebe beschäftigten Personen sind in jedem Vierteljahr mindestens an vier Sonntagen von aller Arbeit freizulassen.

An den übrigen Sonn- und Feiertagen dürfen die bei dem schweren Lastfuhrwerke beschäftigten Personen nicht länger als 3 Stunden beschäftigt werden, die so zu legen sind, daß die Beteiligten instande sind, an dem Hauptgottesdienste teilzunehmen.

5. Ist eine im Fuhrwerksbetriebe beschäftigte Person in demselben Betriebe abwechselnd bei schwerem oder leichtem Lastfuhrwerk bzw. Personenuhrwerk oder abwechselnd im eigentlichen Fuhrwerksbetriebe oder mit Stallarbeiten beschäftigt, so finden auf sie die Vorschriften der Betriebsarzt Anwendung, in der sie vorwiegend beschäftigt ist.

6. Die im Fuhrwerksbetriebe beschäftigten Personen im Alter bis zu 16 Jahren dürfen an den Werktagen lediglich in den Stunden von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends und einschließlich einer einstündigen Mittagspause nicht über acht Stunden, an Sonn- und Festtagen aber überhaupt nicht beschäftigt werden.

Und nun, Ihr Transportarbeiter, seid dankbar Eurem Vaterlande und seinen Vorgesetzten, sie schützen Euch vor übermäßiger Ausbeutung; Ihr braucht in Zukunft täglich nur mehr 15 Stunden zu fröhnen. Hüpf! Euch nicht das Herz im Leibe vor Freude über solch großartige väterliche Fürsorge? Wer von Euch nun nicht vom Scheitel bis zur Sohle Patriot wird, der bleibt ein Mördler und tut besser, den Staub von seinen Pantoffeln zu schütteln. Seht Euch alle an die für Euch jetzt mit Lederbissen überfüllte Kompottschüssel, aber verberbt Euch nicht den Magen. Doch Späß und Spott beiseite. Die Sache ist zu ernst. Daß möchte man angesichts dieser Tatsachen ein belanntes Wort variieren und sagen: „Alle Schlechte kommt von oben.“ Wer sich auf die heutige deutsche Sozialgesetzgebung verläßt, der ist eben gründlich verhasst.

Die Vorschläge des Beirates sind nicht mehr als ein Tropfen auf einen heißen Stein und dennoch haben die bürgerlichen Vertreter, insbesondere die Konservativen und Freikonservativen die heftigste Opposition gegen diesen so unendlich irrischen und sadenscheinigen Arbeiterschutz gemacht. Diesen waren auch diese Brosamen noch viel zu viel für die geplagten Transportarbeiter, denn diese sind in der Junter und Großgrundbesitzer Augen doch nur Pferdewecher. Hoffentlich vergessen unsere Kollegen nicht, den Herren ihre Arbeiterfreundlichkeit bei den nächsten Reichstagswahlen mit Zins und Zinsezinsen heimzuzahlen. Es ist ein graufames Spiel, das die Herrschenden hier mit den Proletariern des Transportgewerbes treiben. Und dieses Sattenspiel, es kann nur gespielt werden, weil die große Masse der Berufslosen leider heute noch dumpf und resigniert, ja verzweifelt in den Tag hineinsteht, weil diese Masse sich alle Fußtritte und Ohrfeigen, kommen diese nun vom Unternehmertum oder den gesetzgebenden Körperschaften, ruhig gefallen läßt. Ja, wer nicht hören will, der muß fühlen.

Die Vorschläge des Beirates für Arbeiterstatistik sind so beschaffen, daß sie alle jene Transportarbeiter, die noch nicht ganz zum bloßen Arbeitstiere geworden sind, aufreizen und in Bewegung bringen müssen. Deshalb ist es notwendig, daß sie der Kollegenschaft in weitgehendstem Maße zur Kenntnis gebracht werden.

Es ist Aufgabe der organisierten Transportarbeiter, den Indifferenten jetzt zu sagen, was man ihnen bietet, wie man sie behandelt. Es gilt diesen zu sagen, daß es jetzt höchste Zeit ist, endlich die Schlamme von den Ohren zu zehren und mitzuarbeiten, damit bei der Beratung der Vorschläge im Plenum des Reichs-

tages die Stimmen der Transportarbeiter gehört werden. Jetzt ist es noch Zeit zu schreiben und Lärm zu schlagen, wie es die Agrarier machen, wenn sie höhere Lebensmittelpreise durchsetzen wollen. An allen Orten muß in massenhaft besuchten Versammlungen mit Entschiedenheit gegen solche Sozialreform protestiert werden. Wir wollen Brot, nicht Steine; wir wollen nicht Sklaven und Arbeitstiere, wir wollen Menschen sein.

Deshalb auf die Schanzen, Ihr geplagten und geschundenen Transportarbeiter Deutschlands, kämpft um Euer gutes Recht, um eine erträglichere Zukunft. Schließt Euch im Verbands zusammen und ruht nicht eher, bis der Sieg Euer ist.

Die Streiks und Aussperrungen im Jahre 1907.

II.

Die Angriffsstreiks.

Im vorigen Abschnitt dieses Berichtes wurde bereits auf die Tatsache aufmerksam gemacht, daß das Ergebnis der Kämpfe für die Arbeiter ungünstiger ist als im Jahre 1906. An diesem ungünstigeren Ergebnis haben die Angriffsstreiks einen erheblichen Anteil. Von 1635 gestrichenen Angriffsstreiks endeten 830 — 51,7 pCt. mit vollem Erfolg (1906: 55,7 pCt.), 472 Kämpfe — 29,1 pCt. hatten einen teilweisen Erfolg (1906: 26,7 pCt.) und 257 Streiks — 16 pCt. waren erfolglos (1906: 15,9 pCt.). Am Schlusse des Jahres waren nicht beendet 30 Streiks und von 46 Streiks blieb das Resultat unbekannt. An den Angriffsstreiks waren beteiligt 131 427 männliche, 11 517 weibliche, zusammen 142 944 Personen. Von den Beteiligten hatten vollen Erfolg 51 344 — 35,9 pCt. und teilweisen Erfolg 63 006 — 37,1 pCt. Von den Streiks um Lohnerhöhung endeten 53,4 pCt. mit vollem Erfolg und hatten daran 35,3 pCt. Personen Anteil. Bei den Streiks um Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung ist das prozentuale Verhältnis der mit vollem Erfolg beendeten Streiks zwar geringer — 49,4 pCt. — dagegen der Prozentsatz der an dem vollen Erfolg Beteiligten höher — 38,8 pCt. — als bei den Streiks um Lohnerhöhungen. Am ungünstigsten ist das prozentuale Verhältnis bei den Streiks um Verkürzung der Arbeitszeit. Von diesen Streiks endeten nur 12,9 pCt. mit vollem Erfolge und hatten daran 13,6 pCt. der Beteiligten Anteil.

Sieht man das Ergebnis der Angriffsstreiks von 1907 auch hinter dem des Jahres 1906 zurück, so überträgt es immerhin noch das Jahr 1905. Nur das Verhältnis der mit vollem Erfolg beendeten Streiks ist ungünstiger, dagegen ist der Prozentsatz der am vollen Erfolg beteiligten Personen ein höherer.

Die Gesamtausgabe für die Angriffsstreiks beträgt 5 082 221 M. Für 138 030 an den Angriffsstreiks beteiligten Personen konnte der Verlust an Arbeitszeit und der Ausfall des Verdienstes festgestellt werden. Es beträgt der Verlust an Arbeitszeit, insgesamt für männliche und weibliche Streikende, 2 277 432 Tage, der Verlust des Arbeitsverdienstes 8 447 284 M. Von Jahre 1900—1907 wurden insgesamt 7424 Angriffsstreiks mit 937 334 Beteiligten geführt, darunter waren: 176 Streiks mit 14 141 Beteiligten um Verkürzung der Arbeitszeit; um Lohnerhöhung fanden statt 3627 Streiks mit 859 034 Beteiligten, und bei 2936 Streiks mit 566 514 Beteiligten wurde um Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung gestritten.

Die Abwehrstreiks.

Die mehr oder weniger günstigen Resultate bei Abwehrstreiks können nicht, wie bei den Angriffsstreiks, von dem Standpunkt der positiven Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse beurteilt werden. Handelt es sich doch bei den Abwehrstreiks um das äußerste Mittel der Arbeiter, von den Unternehmern ihnen zugemutete Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse abzuwehren. Es können deshalb bei den Abwehrstreiks die günstigsten Resultate für die Arbeiter nur im bedingten Sinne als Erfolge

angefprochen werden. In 834 Fällen mußte die Arbeiterkraft im Jahre 1907 zu dem Kampf als äußerstes Mittel der Abwehr greifen. An diesen Kämpfen waren 33 318 Personen beteiligt. Von diesen Kämpfen endeten 412 — 51,6 pCt. mit vollem Erfolg, woran 16 455 Personen — 49,3 pCt. beteiligt waren. Für diese Zahl beteiligter konnten also die zugewandten Verschlechterungen durch das Mittel der Arbeitniederlegung vollständig zurückgewiesen werden. 106 Kämpfe — 13,3 pCt. mit 5466 — 16,4 pCt. Beteiligten endeten dagegen nur mit einem teilweisen Erfolg, trotz des äußersten Mittels der Gegenwehr war es bei diesen Kämpfen nicht gelungen, die Verschlechterungen vollständig abzuwehren. Vollig erfolglos endeten 266 Kämpfe — 33,3 pCt. Von 15 Streiks waren am Schluß des Berichtsjahres noch nicht beendet.

Am häufigsten mußte gegen Lohnreduzierungen gekämpft werden, und zwar in 253 Fällen, an denen 11 329 Personen beteiligt waren. Mit vollem Erfolg endeten davon 130 Kämpfe — 53,7 pCt. und 7116 Beteiligten — 62,8 pCt. In 220 Fällen mußte die Arbeiterkraft gegen verbotene Maßregelungen kämpfen. Von diesen Streiks endeten 99 — 45,8 pCt. mit vollem und 21 — 11,6 pCt. mit teilweisem Erfolg.

Wegen Nichtumsetzung der allgemeinen üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen entbrannten 170 Kämpfe, an denen 5095 Personen beteiligt waren. 103 Kämpfe — 66 pCt. wurden mit vollem und 19 Kämpfe — 12 pCt. mit teilweisem Erfolg beendet. Von den Beteiligten hatten 2367 — 46,5 pCt. vollen und 1731 — 34 pCt. teilweisen Erfolg.

In 25 Fällen war die Ursache des Streiks schlechte Behandlung der Arbeiter. Von diesen Streiks endeten 73 — 52 pCt. mit vollem und 5 Streiks — 20 pCt. mit teilweisem Erfolg. Diese Streiks weisen die geringste Beteiligungsziffer auf. In 21 Fällen bildete der von Unternehmern verlangte Austritt aus der Organisation die Ursache von Kämpfen. An diesen waren 726 Personen beteiligt. Von diesen Streiks endeten 7 — 33,3 pCt., woran 298 Personen beteiligt waren, mit vollem Erfolg und 3 Streiks — 14,4 pCt. mit 167 Beteiligten — 23 pCt. mit einem teilweisen Erfolg.

Die geringste Zahl der Streiks — 14 — wurde gestiftet wegen Einführung einer Fabrikordnung. Von diesen Streiks endeten 8 — 57,1 pCt. mit vollem und 3 — 23,1 pCt. mit einem teilweisen Erfolg. Aus anderen Ursachen entstanden 108 Streiks mit 4203 daran beteiligten Personen. Von diesen Streiks endeten 40 — 38,1 pCt. mit vollem und 16 Streiks — 15,2 pCt. mit teilweisem Erfolg. Von den beteiligten Personen hatten 1877 — 44,7 pCt. vollen und 777 — 18,5 pCt. teilweisen Erfolg.

Das Resultat des Jahres 1907 steht in der Anzahl der mit vollem Erfolg beendeten Kämpfe hinter den Vorjahren zurück, dagegen ist der Prozentsatz der am vollen Erfolg partizipierenden Personen höher als 1906. Das gleiche Verhältnis trifft auch zu für die Beteiligten, welche durch die Kämpfe einen teilweisen Erfolg zu verzeichnen hatten.

Die Gesamtausgabe für die Abwehrstreiks beträgt 1 134 782 Mk. Für 32 420 Beteiligte konnte der Verlust an Arbeitszeit und Verdienstausfall festgestellt werden. Der Verlust an Arbeitszeit betrug 470 263 Tage, der Verdienstausfall 1 907 693 Mk. Vom Jahre 1900—1907 wurden insgesamt 6090 Abwehrstreiks geführt und waren daran 196 011 Personen beteiligt. Von diesen gesamten Streiks endeten 2575 — 52,2 pCt. mit vollem und 672 — 13,6 pCt. mit teilweisem Erfolg. Von den an diesen Kämpfen beteiligten Personen hatten 92 248 — 47,1 pCt. vollen und 32 797 — 16,7 pCt. teilweisen Erfolg.

Gaukonferenz im Gau Bremen, Oldenburg und Ostfriesland.

Die Konferenz fand am Sonntag, den 11. Okt., im Gewerkschaftshaus zu Bremen statt und war durch 16 Delegierte aus 13 Orten besetzt. Es fehlten die Delegierten aus Weener, Emden und Buradamm. Der Gauvorstand war vollständig, der Zentralvorstand durch den Kollegen Schulz vertreten.

Kollege Verdont begrüßte die Kollegen namens der Verwaltungsstelle Bremen und schlug als Verhandlungsleiter die Kollegen Tesch und Kroschen, als Schriftführer den Kollegen Sachs vor, welche einstimmig gewählt wurden.

Die Tagesordnung enthielt folgende Punkte:

1. Bericht des Gauvorstandes.
2. Bericht der Verwaltungsstellen.
3. Die Entwicklung der Arbeitgeberorganisationen in unserem Gau und ihr Einfluß auf unsere weitere Tatkraft.
4. Unsere Agitation im Gau.
5. Anträge.

Der Gauleiter Kollege Tesch gab einen ausführlichen Bericht über die Entwicklung und den Stand der Organisation. Diebet schilderte die Tätigkeit in den einzelnen Orten des Gaus.

In W a n t - W i l h e l m s h a f e n sei im Jahre 1902 die Organisation gegründet und dann von 20 Mitgliedern in 2 Jahren auf 361 gestiegen; dann habe sich dort eine wirtschaftliche Depression eingestellt, die auch für uns nicht ohne Folgen geblieben ist. Die Mitgliederzahl sei dann im Jahre 1907 auf 207 gefallen, doch in diesem Jahre etwas gestiegen und sei Aussicht vorhanden, daß auch hier Besserung eintrete.

In W r a k e hat sich unsere Zahlstelle langsam entwickelt, hier seien leider Grenzstreitigkeiten mit unserer Brudergemeinschaft zu verzeichnen, was für so kleine Orte überaus schädlich ist.

Die Verwaltungsstelle W r e m e n hat eine gute Entwicklung zu verzeichnen. Von 168 Mitglieder im

Jahre 1902 ist sie jetzt auf 1980 Mitglieder angewachsen. Hier haben wir es verstanden, verschiedene Lokalvereine in unsere Organisation aufzunehmen. Zurzeit gibt es noch einen Lokalverein der Müller in welchem hoffentlich auch noch einmal der Gedanke auftauchen wird, daß nur ein Zentralverband im Stande ist, die Interessen der Mitglieder zu vertreten. Einige Loktionen seien sehr gut hier vorwärts gekommen, während es bei verschiedenen noch sehr zu wünschen übrig läßt.

In W r e m e r h a f e n ist ebenfalls im letzten Jahre eine Verringerung in der Mitgliederzahl eingetreten; es besteht hier Aussicht, daß die Zahlstelle in absehbarer Zeit die frühere Mitgliederzahl erreicht.

In der Verwaltungsstelle D e l m e n h o r s haben wir seit dem Vortreten derselben wesentliche Verbesserungen der Föhne für die Kollegen erzielt. Der Lohn ist von 16,50 auf 22,20 Mk. gestiegen und wird derselbe im Frühjahr auf 24 Mk. stehen. Die Kollegen sind in der Mehrzahl recht interessiert, was wir mit Bedauern konstatieren müssen.

In G l a s f e l d ist es sehr schwer gewesen, eine Verwaltungsstelle zu gründen. Jetzt ist es uns gelungen, und haben wir hier eine gute Organisation. Wie und hier die einzige Gewerkschaft am Orte.

In F e v e r steht es leider minder gut. Wir haben keinen Kollegen, der sich um die Organisation kümmert, was zum Teil auf den Alkoholgenuss zurückzuführen ist. Die Kollegen treten ein, am folgenden Tag wollen sie Forderungen stellen, um, wenn dann die Lohnbewegung beendet ist, wieder auszutreten.

In W o r d e n haben wir ebenfalls in verschiedenen Betrieben Verbesserungen erzielt. Die Mehrzahl der Kollegen sieht der Bewegung gleichgültig gegenüber. Es ist hier ein sehr schwieriges Terrain, was zum Teil auf das Konto des Alkohols fällt. Aber auch der Boykott der Doornlaarbrauerei schädigt die Organisationsarbeit, da er schon zu lange dauert.

D e e r hat sich gut entwickelt; wir haben einen Tarif abgeschlossen.

In O l d e n b u r g ist die Organisation gut vorwärts gekommen, doch macht sich dort die Krise besonders bemerkbar.

N o r d e n h a m und W e g e s a d sind Orte, die sich auf der Höhe halten.

W a r e l und W e r d e n lassen manches zu wünschen übrig. Diese Verwaltungsstellen kommen nicht vom Fleck.

In W e e n e r ist unsere Zahlstelle selber etwas zurückgegangen. Es ist nicht möglich gewesen, eine Versammlung abzuhalten, da wir keinen Saal erhalten konnten. Auch hier ist der Wobden sehr schwer zu beackern, was man von Ostfriesland im allgemeinen sagen kann.

Die Entwicklung des Gaus weist folgende Zahlen auf:

Am Schluß des Jahres	
1902: Mitglieder 832	verkaufte Beiträge 8 226
1903: " 1192	" " 11 654
1904: " 1169	" " 12 966
1905: " 1421	" " 14 506
1906: " 2292	" " 26 096
1907: " 3096	" " 36 316

Am Schluß des 2. Quartals waren vorhanden: Mitglieder: 3219, verkaufte Beiträge 36 991

Die Zahl der verkauften Wochenbeiträge verhält sich immer für das letzte Quartal im Jahre, resp. für 1908 für das 2. Quartal.

Wenn auch langsam, so ist doch die Mitgliederzahl ständig gestiegen und dementsprechend auch die Zahl der verkauften Wochenbeiträge.

Die Höhe der Wochenbeiträge ist im Gau folgende: Die Orte Glasper, Warel, Wegesad, Werden und Weener zahlen einen Beitrag von 35 Pf., Delmenhorst, Emden, Sever, Norden zahlen 40 Pf., Bremen, Bremerhaven, Wrase, Buradamm, Feer, Nordham und Oldenburg zahlen 45 Pf. und Warel, Wilhelmshafen zahlen 50 Pf. Beitrag pro Woche. In allen Orten im Gau fehlt es leider an Kollegen, die für die Organisation tätig sind. Die in den Konsumvereinen beschäftigten Kollegen, die noch unabhängig sind, hole unsere Kollegen in den Arbeitsbetrieben, um mit einigen Ausnahmen nichts für die Organisation. Auch der Versammlungsbesuch läßt zu wünschen übrig. Es muß versucht werden, mehr Leben in die Reihen unserer Kollegen zu bringen, auch müssen wir Kollegen zu gewinnen suchen, die die Agitation in die Hand nehmen damit die Verwaltungsstellen mehr Selbstständigkeit erhalten und nicht immer der Gauvorstand wegen Kleinigkeiten eingreifen muß. Durch den Bericht der Verwaltungsstellen wurden die vom Kollegen Tesch gemachten Ausführungen ergänzt. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Funktionäre unbedingt dafür sorgen müssen, daß die Parteipresse mehr gelesen wird, sowie auch der „Courier“, damit mehr Aufmerksamkeit in die Reihen unserer Kollegen kommt.

Nach Erledigung der ersten Tagesordnungspunkte erhielt Kollege Schulz einen Bericht des Wobden zu seinem in der Tagesordnung angeführten Bericht.

Die Unternehmerorganisationen sind eine Folge der Arbeiterorganisationen. Am Handelsvertrags macht sich erst seit etwa 10 Jahren das Bestreben geltend, Unternehmerorganisationen zu schaffen, h. h. seit der Zeit, als der Zentralverband der Handels- und Transportarbeiter ins Leben gerufen wurde. Das Vorgehen der Unternehmer zwingt uns, unsere Tatkraft dementsprechend zu ändern. Die Unternehmer trachten darnach, den Nutzen der Sozialgesetzgebung zu hindern und den Arbeitern in die Hände zu bekommen, um den Arbeitserfordernissen entgegen zu können. Ein Schlichter und Franchis hat den Vorschlag gemacht, Klubschloß zu bilden, die bei

einem eventuellen Streik einzupringen haben. Diefem Vorschlag haben die Unternehmer zugestimmt. Der Verein deutscher Exporteure hat in seinem Vorstandsbericht den internationalen Zusammenhang als Arbeitgeber gefordert. In den Schlichterarbeiten gibt es bereits große internationale Unternehmerverbände. Die Straßenbahnen und Kleinbahnen sind der Stützpunkt der Arbeitgeberorganisationen, wobei die Kommunen und der Staat Mitglieder sind. Ihr Hauptaugenmerk richten die Unternehmer auf Heranbildung von gelben Organisationen. Diese geben Streikbrecherorganisationen haben die Aufgabe, uns zu vernichten. Wir müssen sie dementsprechend bewerten. Zehens der Organisation haben wir uns in den Zeiten von Aktien großer Werksbetriebe gefestigt, um uns als Aktionäre mit den Leitern dieser Betriebe anzunähern. Wenn auch kein direkter Vorteil zu erzielen ist, so wird doch sicher indirekt manches erreicht. Dem organisierten Unternehmer gegenüber wird der Kampf immer schwieriger. Man sollte aber möglichst den Weg der Verhandlung wählen. Möglichst der Behandlung der Streikbrecher muß jeder Kollege es mit sich selbst abmachen, wie er diese zu würdigen hat. Auch bei Aufnahme von gewissen Streikbrechern in den Verband muß große Vorsicht geübt werden. Sehr notwendig ist die Disziplin und das Vertrauen zu den Führern. Der Zusammenschluß aller Arbeiter in dem Transportgewerbe muß bald erreicht werden. Wenn einzelne Führer dagegen sein sollten, so werden die Mitglieder des Hafenarbeiter- und Transportarbeiterverbandes schon dafür sorgen, daß der Zusammenschluß erfolgt, dazu brännen uns auch die Unternehmer. Unsere Weltanschauung kommt uns von den Unternehmern, die wirtschaftlichen Kämpfe lassen es ganz unmöglich erscheinen, daß Arbeiter und Arbeitgeber zusammengehen können. Die Gewerkschaftler sollen sich deshalb der politischen Organisation anschließen, um dort zu lernen, aber auch die Gewerkschaftler können und müssen in der politischen Organisation befruchtend auf die Parteipolitik wirken. Das Transportgewerbe wird in der Zukunft, wenn einmal eine Umgestaltung der Dinge vor sich gehen wird, eine große Rolle spielen. Wir leben in einer kritischen Zeit, darum heißt es kämpfen. Dann werden sich die Unternehmer an den eisernen Händen unserer Organisation den Schädel einrennen. (Beifall.)

Zur Agitation im Gau stellte Kollege Lichtentwart folgenden Antrag: Beantrage, daß in Folge des immer engeren Zusammenrückens der Unternehmer und Inhaber der Kleinindustrie der Kollegen in den einzelnen Verwaltungsstellen mindestens einmal im Vierteljähr regelmäßig ein Flugblatt, kurzen fertigen Inhalts, herauszugeben, welches den Kollegen ihre schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse vor Augen führt und gleichzeitig über Ziele und Bestrebungen der Gewerkschaften, Aufklärung gibt. Ueber diesen Antrag wurde lebhaft debattiert und betont, daß es kaum möglich wäre, eine bestimmte Zeit für die Herausgabe eines Flugblattes festzulegen. Der Antrag wurde dem Gauvorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Es wurde den Kollegen empfohlen, mehr Haus-, Straßen- und Stallagitation zu entfalten, und weniger Versammlungen einzuberufen, da bei ersterer Agitation zur Zeit gute Erfolge zu verzeichnen sind.

W r e m e r h a f e n stellt folgende Anträge: „Um dem Gauleiter zu ermöglichen, seine Kraft mehr wie bisher da zu verwenden, wo größere Agitation notwendig ist, eruchen wir die höheren Verwaltungsstellen mit den größeren zu Gaubezirken einzustellen.“ „Der Gauvorstand ist aus verschiedenen Verwaltungsstellen zusammenzusetzen. Wenn nicht möglich, dann ist ein Vertreter aus den größten Verwaltungsstellen zu den Sitzungen des Gauvorstandes mit heranzuziehen.“ Kollege Arneemann begründet die Anträge. Kollege Schulz weist auf die Unzulässigkeit des ersten Antrages hin, da derselbe eine Stammesänderung bedeuere und eine solche nur der Generalkonferenz zustünde. Dasselbe gelte von dem zweiten Antrag. Beide Anträge wurden hierauf zurückgewiesen. Hiermit war die Tagesordnung erschöpft und nach einem fertigen Schlußwort des Kollegen Tesch wurde die angelegte verlaufene Konferenz geschlossen.

Was die Elberfelder Führerleute ertragen.

Die wir kürzlich im „Courier“ mitteilten sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse unserer Kollegen in Elberfeld. Darin keine neuen zu nennen. Waren die Dinge, die dort berichtet wurden, schon gekannt, den Kollegen die Augen zu öffnen, so wird es das, was wir heute berichten, in noch viel größerem Maße tun und vor allen Dingen aber den Kollegen zeigen, daß ihre einzige Rettung der Anschluß an die Organisation ist. Und gerade jetzt, in der Zeit der Krise, ist die Organisation der Zukunft, die für manchen der durch die wirtschaftlichen Verhältnisse unverwundbar in Not geraten ist. Die Zeit der Not, in der wir uns befinden, wird selber noch von einem brutalen Unternehmertum zur struppelosen Ausbeutung der Kollegen ausgenutzt. Vereckert Euch, ist wohl mehr denn je die Parole der Unternehmer im Handel- und Transportgewerbe Elberfeld-Barmen. Vereckert Euch, auch wenn die bei Dir lalgen Arbeiter dabei ebenfalls zu Grunde gehen, denn offenbar auch der Franchisunternehmer Franchis, Elberfeld, dessen in der Zeit wohl einziger, das Scheitern der Arbeiter zu Grunde gehen, mit dem etwas befehlen wollen. Herr Franz Meißel verleiht seit Jahren in Elberfeld ein Fuhrgeschäft, welches ihm einen ziemlichlichen Betrag Geld eingebracht hat. Dies war aber nur möglich, weil er die Lohnslaven, die für ihn den Reichtum schafften, in der letzten Zeit in die Hände unarmen üblichen Weise behandelte und erlöste. Andererseits ist die Stadt Elberfeld bei großen

und zahlungsfähigste Auftragneher Mörth's, indem er für die Stadt die Müllabfuhr besorgt. Doch darüber wollen wir nicht mit der Stadtverwaltung rechten sondern wir führen dies nur an weil der Herr Mörth bei jeder Gelegenheit, wo die Arbeiter einen Groschen Lohn mehr verlangen, immer erklärt, er könne nicht mehr zahlen, die Stadt Elberfeld bezahle ihn auch sehr schlecht. Inwiefern dieses zutrifft, entzieht sich unserer Kenntnis; es dürfte aber Aufgabe der Stadtverwaltung sein, hierüber Aufklärung zu schaffen.

Was nun die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei Mörth anbelangt, so sind diese so, daß man nicht weiß, worüber man sich eigentlich mehr wundern soll, über unsere Kollegen, die sich eine solche Ausbeutung, wie sie Mörth beliebt, ruhig gefallen lassen, oder über den Mut, mit welchem Mörth seine Ausbeutung betreibt. Beschäftigt sind bei M. 65 Kollegen, meist Fuhrleute. Die Arbeitszeit beginnt morgens 6 Uhr und dauert ununterbrochen bis abends 8 Uhr. In drei Tagen in der Woche muß um 3 Uhr morgens angespannt werden und dann geht es bis abends 11 und 12 Uhr. Als Lohn wird im Antona 3 M. und später 3 50 M. pro Tag gezahlt. Das sind in der Woche 18 bis 21 M. Für die Tage, wo des Morgens um 3 Uhr angespannt wird, bekommen die Kollegen 1 M. Entschädigung, so daß der einzelne Kollege im günstigsten Falle 21 bis 24 M. in der Woche bei einer durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit von 96 Stunden verdient. Das ist ein Stundenlohn von 22 bis 25 Pf. Die Stadt Elberfeld zahlt den Fuhrleuten bei der Anhabung des Mülls behilflich sind, einen Tagelohn von 4 50 Mark, bei einer durchschnittlichen täglichen Arbeitszeit von 9 Stunden. Während die Fuhrleute mit den beladenen Wagen nach dem circa 1 1/2 Stunden entfernten liegenden Abbladeslag fahren, haben die städtischen Arbeiter wenigstens eine Ruhepause. In dieser Pause können die Arbeiter sich erholen und ihre Kräfte stärken und Mühsamkeiten einnehmen. Das alles kennen die Fuhrleute nicht. Sie müssen ihre Mahlzeiten während der Arbeit zu sich nehmen. Daß hier der Anstehungsgefahr der Lungenüberfüllung Gefahr und Gefahr ist, bedarf wohl keiner näheren Erklärung. Werden doch in dem Müll alle möglichen und unmöglichen ekelhaften Abfälle hineingeworfen. Und mit den Händen mit denen tagtäglich die Fuhrleute die schmutzigen Müllkästen anfassen, verzeihen sie, ohne daß sie Gelegenheit haben, sich diese zu waschen, ihr kümmerliches Essen. Hier Remedur zu schaffen, wäre eine dankbare Aufgabe für die Gesundheitskommission der Stadt Elberfeld. Vielleicht kümmern sich die Mitglieder dieser Kommission mal etwas näher um Dinge, die im Bereich der Stadtverwaltung sich tagtäglich abspielen.

Die Behandlung, die den Fuhrleuten bei Mörth geboten wird, ist auch danach, besonders die Söhne Mörth's erlauben sich Ausdrücke gegen die Kollegen, die in keinem Konversationslexikon zu finden sind. Eine Kundinaria besteht nicht. Wer aufhören will, muß dieses am Morgen eines Arbeitstages sagen, er kann dann am Abend gehen. Erklärt jemand erst am Abend, daß er nicht mehr in dem Musterbetrieb arbeiten will, dann kann er auch aufhören, erhält aber für die letzten zwei Arbeitstage keinen Lohn ausbezahlt. Das sind Zustände, wie sie nur bei der Firma Mörth vorkommen können. Besteht keine Kundinaria, dann kann der Arbeiter zu jeder Zeit die Arbeit verlassen und von dem verdienten Lohn darf ihm kein Pfennig abgezogen werden.

Aber nicht nur durch die Verzögerung von solchen Löhnen müß Mörth die Fuhrleute aus, sondern er verhält es auch noch, durch ein schönes Strafsystem diese Löhne zu schmälern. Strafen gibt es für die kleinste Unachtsamkeit. Die Höhe der verhängten Strafen schwankt zwischen 50 Pf. und 3 M. Wer des Sonntags morgens zum Füttern der Pferde zu spät kommt, bezahlt 2 M. Mit geschwollenen Pferden auf den Hof kommen, kostet 50 Pf. Wer an den drei Tagen der Woche, wo um 3 Uhr angespannt wird, nicht zur Stelle ist, bezahlt 1 M. Strafe, außerdem bekommt er 1 M. Lohnabzug. Also eine doppelte Bestrafung. Trunkenheit während der Arbeitszeit wird das erstemal mit 50 Pf., das zweitemal mit 1 50 M. und das drittemal mit 3 M. bestraft. Kurz, für alle möglichen Dinge werden die Fuhrleute von Mörth, dessen Söhnen und dem Verwalter, ebenfalls mit Strafen belegt. Keiner von den Kollegen weiß, was mit den Strafgebern geschieht. Sämtliche Strafen, die verhängt sind, werden fein säuberlich auf einer im Stall aufgehängten Tafel aufgeschrieben. Wie uns versichert wurde, sind Fuhrleute bei Mörth tätig, die schon in der Woche bis zu 5 M. Strafe bezahlt haben. Wie die Familien der Kollegen von dem vom Lohn übrig gebliebenen Reste ihr kümmerliches Dasein fristen, läßt den Herrn Mörth laß. Charakteristisch für das bei diesem Unternehmer vorherrschende System ist wohl, daß in seinem Betriebe eine Kantine besteht, die von einem seiner Günstlinge verwaltet wird. Wer nicht ein Teil seines Verdienstes in der Kantine sven läßt, bleibt nicht allzu lange in dem Eldorado.

Die unverheirateten Kollegen sind vollständig der Willkür des Kantinehabers preisgegeben. In der Regel erhalten sie Kost und Logis von demselben und da kommt es sehr oft vor, daß die Kollegen aus dem Bump in der Kantine nicht herauskommen. Die Bezahlung der Kost und des Logis, sowie das, was im Laufe der Woche an Schnaps, Bier etc. verzehrt und nicht bezahlt wurde, erfolgt am Lohnstage und wird direkt vom Lohn abgezogen. Hierbei bekommt oft der einzelne Kollege seinen wöchentlichen Lohn in die Hände. Der schlauere Kollege wird versteht auch noch durch Abnahme von höheren Preisen als sonst allgemein üblichen, für die oft sehr minderwertige Ware sein Schäschen zu scheeren. So kostet z. B. eine Flasche Bier, 1/2 Liter Inhalt,

die überall in Elberfeld-Parmen für 12 Pf. verkauft wird, in der Kantine 14 Pf. Deutscher ist es mit anderen Waren bestellt.

Aus den geschilderten Verhältnissen bei der Firma Mörth geht wohl ohne weiteres hervor, daß nur die Organisation Wandel schaffen kann. Das hat wohl Mörth sen., nicht aber unsere Kollegen begriffen. Vor einigen Wochen sollte für die Kollegen der Firma eine Betriebsversammlung stattfinden. Als Mörth sen. dies erfuhr, hielt er eine Ansprache an die Fuhrleute und erklärte, sie sollten nur zu ihm kommen, er würde ihren Wünschen, wenn möglich, gerecht werden. Selbstverständlich hatte keiner der Kollegen den Mut, ihm die Wünsche vorzutragen denn unbarbarisch wäre er aus Straßenpflaster gestiegen. Am Abend in der Versammlung waren denn auch nur wenige Kollegen anwesend. Im Auftrage der Firma war der Verwalter erschienen. Trotzdem erklärten einige Kollegen unter Zustimmung der Anwesenden, daß die Verhältnisse, so wie sie hier wiedergegeben sind, liegen.

Kollegen! Wollt Ihr Euch einen Lohn erringen, der ausreicht, die notwendigen Bedürfnisse zu befriedigen, wollt Ihr das Strafsystem beseitigen, dann kommt zu uns, tretet dem Deutschen Transportarbeiter-Verbande bei. Nur dadurch allein kann Euch geholfen werden, und der Verband allein ist in der Lage, dem Herrn Mörth beizubringen, daß auch die Fuhrleute Menschen sind, die man nicht ungestraft so behandeln darf. Unseren Verbandskollegen aber möchten wir dringend ans Herz legen mitzubekommen an der Organisation der uns fernstehenden Berufs Kollegen, damit solche Zustände, wie sie hier dargestellt sind, baldigst verschwinden. Nur durch die tätige Arbeit aller Kollegen werden wir solche Arbeitsverhältnisse abschaffen können.

Deshalb vorwärts, helft Euch selbst, dann hilft Euch's Glück.

Die Arbeitsverhältnisse bei der Firma Singer & Co.

Vergeblich waren die Bemühungen unserer Sektionsleitung bisher, die Kollegen der Firma Singer u. Co für unsere Organisation zu gewinnen. Dem rigorosen Vorgehen der verantwortlichen Leiter dieser Welt- und Millionenfirma alien bewährten Kollegen gegenüber ist es zu danken, daß die Kollegen endlich aus dem Schlafe erwachen und sich mit ihren Beschwerden und Wünschen an die richtige Adresse, die für den Beruf zuständige Organisation, den Deutschen Transportarbeiter-Verband, wenden.

Zum Sonnabend, den 24. Oktober dieses Jahres wurde auf Wunsch einiger alter Kollegen seitens der Sektionsleitung eine Versammlung der Singer-Einkassierer einberufen. Die Hälfte der festangestellten Kassierer, einige 70 Kollegen, waren unserem Rufe gefolgt. Auch hatten sich einige Praktikanten und ein Rechercheur eingefunden. Diese Herren waren aufsehend auf einen „Wind von oben“ erschienen. Die Geschäftsleitung wollte doch auch zu gerne erfahren, was in der Versammlung besprochen würde. Aber leider vergebens. Kurz vor der Eröffnung ging folgender Hochpostbrief ein:

„Werte Singer-Kassierer! Nehmt Eure Interessen wahr. „Müller“, der irrtümlich Vorsitzende, auf den Ihr alle Eure Hoffnung gesetzt hattet, hat Euch nun oft, recht oft verschoben und sich dadurch in der Blumestraße 114, rein abgesetzt. Er ist es, der alle Eure Wege durchkreuzt und Euren Verdienst schmälert. Also Augen auf! Maus mit ihm!“

Zur Orientierung sei mitgeteilt, daß Herr Müller früher Kassierer und Vorsitzender des Vereins der Singer-Kassierer war und vor einiger Zeit als Anerkennung für „geleistete Dienste“ zum Filialleiter befördert wurde.

Herr Müller erklärte dieses Schreiben für Schwindel; der Sektionsleiter erwiderte, daß es nicht Sache der Versammlung sei, zu untersuchen, ob es tatsächlich Schwindel sei oder nicht, sondern er tue als Unberufenen nur seine Pflicht, indem er eingehende Schreiben zur Verlesung bringe.

Ehe in die Tagesordnung eingetreten werden konnte, ergab sich noch ein kleiner Zwischenfall. Seitens der Versammlung wurde gewünscht, daß die Filialleiter und der Rechercheur von der Versammlung auszuschließen seien, da es sich um reine Kassiererangelegenheiten handelte und diese Herren doch gar kein Interesse an derartigen Fragen haben und sich sonst herzlich wenig um das Wohlergehen der Kassierer kümmern. Die Herren folgten dem Wunsche bis auf Herrn Müller. Kollege Berger, Vorsitzender des Vereins der Singer-Kassierer legte dar, daß der gesamte Vorstand eingeladen sei; Herr Müller sei Vorstandsmitglied und habe infolgedessen auch das Recht, der Versammlung beizuwohnen, trotzdem er Filialleiter sei. Kollege Ludwig erklärte, daß er als Sektionsleiter selbstverständlich den gesamten Vorstand des Vereins eingeladen habe, er aber nicht wissen konnte, daß in einem Verein, der angeblich die Interessen seiner Mitglieder wahren will, auch Filialleiter, also direkte Vorgesetzte, als Vorstandsmitglieder seien; als freier Gewerkschafter könne er etwas derartiges überhaupt nicht verstehen und aus diesem Grunde sei es auch erklärlich, daß für die Kollegen nichts getan worden ist. Er werde aber die Versammlung darüber entscheiden lassen, ob Herr Müller bleiben solle oder nicht. Die Abstimmung ergab, daß nur fünf Kollegen für ein Verbleiben des Herrn Müller in der Versammlung waren, alle anderen stimmten dagegen. Nach diesem Resultat war dem Vorsitzenden des Vereins, Kollegen Berger, anscheinend das Herz in die Hosentaschen gefallen und er ersuchte nun die Mitglieder des Vereins, geschlossen das Lokal zu verlassen.

Ohne Erfolg. Nur die fünf Getreuen folgten seinem Wunsche unter großem Gaudium der Versammelten.

Nun konnte in die Tagesordnung eingetreten werden. In einstündigen Ausführungen kritisierte der Sektionsleiter die bestehenden Verhältnisse, von dem Grundgedanken ausgehend, daß es ja nicht möglich sei, auf alles, was laut bei der Firma Singer u. Co. ist, einzugehen. Nur 5 Punkte wollte er herausgreifen und behandeln und zwar: 1. den Vertrag; 2. die Provisionszahlung an Private; 3. die Provision der Agenten und Kassierer; 4. die Auszahlung der Provisoren; 5. das Agieren resp. Kolonnenwesen. So mancher Kollege geht auf Grund einer Offerte mit freudigem Herzen zu der Singer-Co. in der Hoffnung, endlich eine Stellung zu bekommen, bei welcher er als Mensch leben kann. Aber laum hat er die Geschäftsräume betreten, so wird ihm ein mehrseitiger Vertrag zur Unterzeichnung vorgelegt. Denselben mit allen seinen Paragraphen und Verlausulierungen genau durchzustudieren, würde einen ganzen Vormittag in Anspruch nehmen; es wäre notwendig, daß den Neuzutretenden die dementsprechende Zeit dazu gelassen würde. Aber weit gefehlt. Es dauert nicht lange, nachdem er dieses Heftchen ausgehändigt bekommen hat, so steht schon ein dienstbarer Geist hinter ihm und hält Nachfrage, ob man damit einverstanden ist und unterschrieben hat. Ein gleichgültiges „Ja“ ist in der Regel die Antwort. Das kuriose bei der ganzen Sache ist aber, daß der Betreffende nur ein Exemplar, nicht wie es gebräuchlich ist, auch ein Duplikat bekommt. Wer nun ein solches verlangt, dem wird gleich bedeutet, daß es etwas derartiges bei der Singer-Co. nicht gibt. Derjenige Bewerber, welcher nun unter allen Umständen ein Duplikat beansprucht, um sich seiner Rechte und Pflichten zu vergewissern, und sich dieses Mustereemplar von Vertrag zu Hause mal etwas näher ansehen will, dem wird es gleich angedeutet, daß man, wenn er darauf besteht, lieber auf seine Dienste verzichtet. Um nun die brillante Lebensstellung nicht fahren zu lassen, beißt er in den sauren Apfel.

Die Provisionsätze sind verschiedener Art. So erhält ein Kassierer beim Verkauf einer Maschine 10 pCt., die Agenten 15—20 pCt., je nach Wichtigkeit. Kunden, welche ein Geschäft nachweisen, bekommen 6 M. outgeschrieben. In neuerer Zeit bewilligt man Privatleuten auch 10 pCt., ohne daß die selben dafür haften müssen. Falls ein vom Kassierer abgeschlossenes Geschäft rückgängig gemacht wird, dadurch, daß der Kunde nicht zahlt oder die Maschine nicht funktioniert, so muß derselbe die volle Provision zurückzahlen, während man bei den Nichtangestellten davon absteht. Auf die eingetragene Unstille, in Kassierer- und Agentenreisen Rechnung gemacht, gehen wir an dieser Stelle heute noch nicht ein, um unsere Kollegen vor weiteren finanziellen Schädigungen zu bewahren.

Die Auszahlung der Provisionen wird wie folgt vorgenommen: Der Kassierer erhält bis zur 15. verlaufenen Maschine 1/2 der ihm zustehenden Provision ausgezahlt, 1/2 bleibt stehen, von der 16. Maschine ab werden 1/2 ausbezahlt und 1/2 bleibt stehen. Kommt nun eine Maschine aus dem einen oder anderen Grunde zurück, so wird die verdiente Provision nicht etwa von dem einbehaltenen Gelde abgezogen resp. abgeschrieben, sondern für das nächste Geschäft, welches man abschließt, wird überhaupt nichts gezahlt, es wird als Erlösgegenstand angesehen. Wird nun ein Kollege gekündigt, oder er verläßt auf eigenen Wunsch die überaus gastlichen und feinen Wirthe der Singer-Co., so bekommt er sein Guthaben nicht ausbezahlt, wie es üblich ist, sondern er hat erst dann ein Anrecht darauf, wenn sämtliche Maschinen bezahlt sind. Wie lange es dauert, ehe man seine verdienten Groschen bekommt, beweist folgender Fall: Ein Kollege trat im Jahre 1903 bei der Singer Co. ein, nach 1/2 Jahr, als er der Firma wieder Walter sagte, betrug sein Guthaben einige 50 M. Nach Ablauf eines weiteren Jahres fragte er beschelden an, ob er sein Geld nun bekommen könne. Er erhielt darauf folgendes Schreiben:

„Anworlich Ihres werten Schreibens vom (Oktober 1901) teilen wir höflichst mit, daß Ihr Guthaben nur noch 16,55 M. (noch 1/2 der verdienten Summe) beträgt, da nach Ihrem Austritt zwei Maschinen zurückgegangen sind. Der obige Betrag ist jedoch in absehbarer Zeit noch nicht fällig, da die Saldo noch sehr hoch sind.“

Hochachtend Singer-Co.

Im Jahre 1907 brauchte unser Kollege nun wieder einmal notwendig Geld und wurde nun wieder bei der Singer-Co. vorgestellt, betreffs seiner 16,55 M. Nach einigen Tagen sand er einen mit Bleistift geschriebenen Bittel in seinem Briefkasten folgenden Inhalts:

„Habe leider niemand angetroffen, teile Ihnen aber hierdurch mit, daß noch keine Restprovision fällig ist. Einer von Ihren Kunden hat noch 90 M. zu zahlen, die anderen noch einige 20 M. Fragen Sie nochmal im Sommer an.“

Berlin, den 12. 12. 07.

Hochachtend Singer-Co.

Im Sommer 1908, also nach fünf Jahren, versuchte unser Kollege abermals, in den Besitz seines Geldes zu kommen. Wiederum wurde er abgewiesen, weil angeblich das Konto im Hauptgeschäft sei usw. Erst als er nun energisch darauf hinwies, daß er die Verträglichkeit von Jahr zu Jahr nun satt habe und er nun anderweitig vorgehen werde, um zu seinem Gelde zu kommen, wurde ihm versprochen, daß er in einigen Tagen Bescheid bekommen solle. Nach acht Tagen bekam er eine Karte, daß er die fällige Provision abheben solle. Gleichzeitig wurde ihm aber angedeutet, daß er den Rest erst im Jahre 1909 be-

kommen könne. Noch weitere Worte über ein derartiges Geschäftsbildern zu verlieren, ist nicht notwendig. Klein den/ander Wenig wird es aufheben können. So arbeitet die Millionen- und Weltfirma Singer u. Co. jahraus jahrein mit den sauer verdienten Groschen ihrer ehemaligen Angestellten.

Wer nun das Glück (???) hat, von der Firma als Kassierer engagiert zu werden, muß erst in einem Probemonat für 12 Wk. Lohn und 3 pCt. In-lasprovision zeigen, was er leisten kann; verkauft er zwei Maschinen, dann wird er vollwertiger Kassierer und bekommt 15 Wk. Wochenlohn; verkauft er nur eine Maschine, so muß er einen zweiten Probemonat durchmachen. Wird der Verkauf nicht besser, so muß er wieder dahin gehen, woher er gekommen ist, er ist nicht zu gebrauchen. — In Station muß er 100 bis 300 Wk. in bar stellen. In welcher Weise sich die Firma billiges Betriebskapital beschafft, sei kurz angeführt. Die Parkauton wird mit nur 3 pCt. verzinst. Von der Provision wird ohne Zinsvermittlung zurückbehalten. Außerdem bleibt die Parkauton noch drei Monate und die restliche Provision noch ein Jahr in Händen der Firma.

Nun ging Redner zur Entlassung der alten Kollegen über. Selten hat wohl eine Firma mit ihren Angestellten derartig Fangeball gespielt, wie die Singer Co. Man sollte es für unmöglich halten, daß eine derartige Weltfirma, wie die Singer Co., Angestellte, die 10, 15 und sogar 24 Jahre bei ihr tätig waren, nun auf einmal nicht mehr gebrauchen kann. Weil es den Kollegen in der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges nicht mehr möglich ist, das verlangte Pensum an Maschinen zu verkaufen, so wirkt man dieselben erbarmungslos auf das Straßensplaster. „Der Meßer hat seine Schuldigkeit getan, nun laßt er gehen.“ Momentan kann nun für die Kollegen nichts getan werden, so führte der Redner weiter aus; wen aber trifft die Schuld? Nur die Kollegen selbst. Sie haben es trotz der wiederholten Aufforderungen versäumt, sich zu einer festen, kompakten Masse zusammenzuschließen, sie wollten von der Organisation nichts wissen. Soll es anders werden, dann hinein in den Deutschen Transportarbeiter-Verband. Nur wenn wir eine große festgefügte Organisation hinter uns haben, kann man derartigen Gewaltstreichen mit einem energischen „Galt“ entgegenretzen.

Mit dem „Verein der Singer-Kassierer“ ging Redner scharf ins Gericht. Begründet wurde derselbe im Jahre 1903. Alle aufgeweckten Kollegen haben denselben bis zum heutigen Tag streng gemißbilligt und zwar aus folgendem Grunde: Die Verbesserung der Lebenslage der Angestellten war den als Vorstand agierenden Kollegen stets etwas nebensächliches, anstatt an derartige wichtige Fragen zu denken und dieselben zu diskutieren, verdröbelte man die Zeit mit Arrangierung von Festlichkeiten. Daß dieses zum ewigen Schlaf verurteilte Vereinen von Seiten der Direktion in jeder Weise unterstützt wurde, versteht sich wohl von selbst. Außer den Unterführungen bei Vergnügen, zeigte dieselbe sich auch in anderer Weise höchst nobel und zwar insofern, als sie den Verein durch Schenkung eines „blauen“ Banners hoch erströme. Nun konnte man auch gelegentlich der Hofgesellschaften zur Spalierbildung mit antreten, unbekümmert des knurrenden Magens. Über diese hinterlistigen zogen auch nicht; der Mitglieder wurden nicht mehr. Im Gegenteil, als die Kollegen sahen, welchen Zwecken der Verein dienen sollte, wurden der Getreuen immer weniger; man bedankte sich bestens für eine Abstützung durch Pausen, Trompeten und Hurrageschrei. Endlich entschloß man sich, auch mal für die Kollegen etwas zu unternehmen. Der Vorstand ermahnte sich zu einigen Vorträgen an die Direktion in Hamburg, welche zweimal abichtlich beschieden wurden. Aber man probierte es zum dritten Male und es wäre wohl genau so ein ablehnender Bescheid gekommen, wenn nicht von unserer Seite die Kollegen zur Organisation aufgefordert worden wären und zwei Vertreter unserer Organisation schon vor zwei Jahren den Versuch unternahmen, die Kollegen für uns zu gewinnen. Nachdem man in der Leipzigerstr. erfahren, was vorgeht, wurden alle Nebel in Bewegung gesetzt, um eine Zulage für die Kollegen zu erbitten, und siehe da, was geschah: an einem der nächsten Sonnabende erhielten die Kollegen eine Zulage von 3 Wk. Der Lohn wurde von 12 auf 15 Wk. pro Woche erhöht nur um die Kollegen von der Organisation abzuhalten. Nur ein kleines Häuflein blieb uns treu. Aber es dauerte nicht lange, so hatte man bereits wieder einen Plan ausgeheckt, wie man die Zulage wieder illusorisch machen könne, man hatte auf einmal mit den Kassierern ganz besonderes Mitleid; da man ihnen nun seit kurzer Zeit gut gesonnen war, so fürzte man die Touren. Jedem Kollegen wurden 20 bis 30 Stunden abgenommen, und er verdiente dadurch 3 bis 5 Wk. weniger pro Woche. Der Verein resp. sein Vorstand sah Rubin zu, ohne auch nur den leisesten Versuch zu unternehmen, damit diese Lohnreduktion wieder rückgängig gemacht werde. Was geht es ihm an, wenn die Kollegen den Leibriemen etwas enger schnallen müssen? Aber alles hat seine Grenzen. Die Kollegen sahen ein, daß sie immer wieder genasführt wurden und wandten sich voll Vertrauen an unsere Organisation. Daß die Organisation sofort auf dem Platze erschien, wo es notwendig war, bewies die Verjämung. Und als er Referent zum Schluß den Anwesenden nochmals vor Augen führte, daß, wenn mit diesen überaus traurigen Umständen endlich mal ausgeräumt werden sollte es in allererster Linie einer festorganisierten und straff disziplinierten Kollegenschaft bedürfe. Als er weiter die Unterführungswege und die kolossalen Summen Revue passieren ließ, welche unsere Organisation bereits für die Kollegenkassiert verwendet hat, da wurde es sichtlich still im Saal und so mancher Kollege sah wohl ein, daß er eine große Unterlassungsünde an sich selbst und auch an seiner Familie begangen habe, daß

er, anstatt seine Groschen der modernen Organisation zu opfern, dieselben einem Verei zu gewendet hat, der an Schlafmüdigkeit und Rückstand seit seiner geigen such. Sämtliche für die Singer Co. in Frage kommenden Organisationen, Handlungsgehilfen, Mitarbeiter und Transportarbeiter müssen gemeinschaftlich den Kampf mit einer derartigen Firma aufnehmen und mit Hilfe der Öffentlichkeit werden dieselben den Kampf siegreich bestehen. Welcher Beifall lohnte den Redner.

In der darauffolgenden Diskussion wurde von allen Rednern nicht nur das Gehör bekräftigt, sondern noch übertrumpft. So sagte einer derselben, daß er das ganze Engagementsverhältnis, nachdem er längere Zeit bei der Firma arbeite, als Vorpiegelung salfcher Tatsachen betrachte und falls er diese gassliche Stätte mal verlassen sollte oder müßte, der Firma schon zeigen würde, daß ihr Vertrag gegen die guten Sitten verstoße. Ein anderer Redner sagte, daß heute ein Kassierer nur noch als Auswurf der Menschheit betrachtet würde; der Kunde steht ihm schiel an, wenn er wie ein Bettelstange vor der Tür steht, um die fälligen Maen zu holen; denn er steht in den Kassierer denjenigen, welcher ihm nur Unannehmlichkeiten bereitet. Von Seiten der Filialeiter bekommt er stets eine Moralphredigt, wenn er zu wenig Geld bringt oder zu wenig Maschinen verkauft. Es ist wirklich ein Vergnügen, Kassierer bei der Singer Co. zu sein. Ein weiterer Redner führte aus, daß die Behandlung in den früheren Jahren eine bessere war; wenn heute von den Vorgesetzten ein Druck ausgeübt würde, so trage die unflinige Geschäftsführung einen großen Teil Schuld daran, durch die Masseneintrichtung von Filialen seien die Kollegen auf das Empfindlichste geschädigt, da ihnen der Verkauf dadurch ganz erheblich erschwert und die saule Stundschacht angewiesen wird, die rückständigen Maen in der Filiale zu zahlen. Über die Firma selbst habe sich dabei auch ganz gewaltig verrechnet, denn ein Teil der Filialen verursachen bedeutend mehr Unkosten als sie einbringen. Wenn den Kollegen nun an ihrer Existenz etwas gelegen sei und sie sich nicht länger als Soldaten behandeln lassen wollten, dann sollten sie aus dem Gehörden die Lehre ziehen und sich Mann für Mann der Organisation anschließen. Weiter erwähnte er die Kollegen, in der Agitation recht vorsichtig zu sein, damit die Firma keine Handhabe bekomme, einzelne Kollegen auf das Straßensplaster zu werfen. Wegen Zugehörigkeit zur Organisation werde die Firma niemand entlassen, denn die Rechnung würde der Singer Co. dann dementsprechend quittiert werden. Weiter wurde der Wunsch geäußert, in vier Wochen wieder eine Zusammenkunft stattfinden zu lassen, damit auch die heute noch fehlenden Kollegen für uns gewonnen werden.

Einlasserer Verzicht! Es ist wohl an der Zeit, daß auch von dieser Stelle aus die Kollegen einmal daran erinnert werden, daß nicht nur die Kassierer der Singer Co. unter diesen unwürdigen Zuständen zu leiden haben, sondern es steht in der Abzahlungs-, Versicherungs- und Automatenbranche nicht um einen Pfifferling besser aus. Überall die gleichen Beschwerden. Anstatt aber die Mißstände an der richtigen Stelle anzubringen, Versammlungen zu besuchen, lassen die Kollegen lieber die Faust in der Tasche, gehen ins Wirtshaus und dort wird dann bei einigen Bierzehrlichkeiten über die erbärmlichen Zustände schwabroniert, in welchen man lebt. Daß man aber auf diese Art und Weise keine Memorie schafft, daß sehen sie nicht ein. Dieses soll und muß nun anders werden; hier hilft nur tatkräftiges, energisches Handeln. Unsere Sektion muß besser ausgebaut werden, jeder Kollege muß daran mitarbeiten, und wenn dieses geschieht, dann sind auch die Tage nicht fern, wo wir Abrechnung haben können und unseren Unterdrückern zurufen: „Wißt hierher und nicht weiter.“ Nun, Kollegen Einlasserer, an die Arbeit, jeder agitiere, bis der letzte Kollege der Organisation zugeführt ist, denn nur „Einigkeit macht stark.“

In sämtlichen Verbandskollegien und Kollegen richten wir die dringende Bitte, sich bei Bedarf nur stets von organisierten Kassierern bedienen zu lassen, ganz gleichgültig, ob beim Abschluß von Versicherungen oder beim Kauf von Nähmaschinen oder Möbeln. Man verlange stets das Verbandsbuch oder unsere Legitimationskarte.

**Aus unserem Beruf.
Automobilführer.**

Das Automobilhaftpflichtgesetz im Reichstage. Am 5. No ember stand im Reichstage die erste Lesung des Automobilhaftpflichtgesetzes zur Debatte. Fast alle Redner zu diesem Gesetzesentwurf machten auf uns den Eindruck, als wären die Welsen aus dem Morgenlande gekommen und könnten sich in unserem neuzeitigen Lande noch nicht zurecht finden. Sie beteten ihr Sprichlein her, welches dem Sinn nach ein und denselben Text enthält: Haftpflicht muß sein, diese muß noch verschärft und eine Zwangsgenossenschaft errichtet werden. Auch die Führer müßten noch strenger bestraft werden. Am ärgsten gebärdeten sich der bekannte Autofeindliche Prinz, Schönath-Carolath, (natll.) und der Reichsparteiler v. Dergen, welcher letzterer sogar für die Führer ansatz Geldstrafen, Freiheitsstrafen festgesetzt wissen möchte.

Was die Automobilhaftpflicht anbelangt, sind wir der Meinung, daß man nicht über den Entwurf hinausgehen möge. Wenn dem Gesetz die Gründung von Zwangsgenossenschaften noch beigeprägt wird, ist wohl nach dieser Richtung vorläufig genüge geschehen. Für eventuelle Veränderungen wollen die Herren Gesetzesmacher, wie die Erfahrung lehrt, die „Daumenschrauben“ eher fester anziehen, als looser lassen.

Sonderbar erschien es uns bei der Debatte, daß auch nicht ein Abgeordneter über die Verhältnisse der Berufs-

fahrer zu sprechen kam, über die doch in der Öffentlichkeit schon soviel geschrieben und gesprochen ist, und welche doch am allerersten für die Verkehrssicherheit inbetracht gezogen werden müßten. Es scheint kein Abgeordneter die raffinierten Lohnsysteme für Automobilführer zu kennen. Auch von der ungeheuer langen Arbeitszeit der meisten Chauffeure scheint — oder will man nichts wissen. Die Art und Weise, wie sogenannte übermäßige Geschwindigkeiten zustande kommen, wer bestraft wird und wer die Strafen zahlen, wurde nicht berücksichtigt. Die Praxis der Polizei bei Geschwindigkeitsfeststellungen kam auch nicht in Erwägung. Ebenjowenig die Praxis der Gerichte. Die Methoden der Polizei bei Erteilung und Entziehung des Führerscheines, wie sie heute schon gehandhabt wird, hat niemand berührt. Diese schreienden Ungerechtigkeiten, wie sie bisher die Führer erleiden, scheint die Abgeordneten wenig zu interessieren. Der Gesetzesentwurf ist vorläufig einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen. Unseren Kollegen aber wird in einer in nächster Zeit stattfindenden Zusammenkunft Gelegenheit gegeben werden, den Volksvertretern und Kommissionen der Regierung unsere Wünsche und Erfahrungen in Erinnerung zu bringen.

Ein „nobler“ Fahrgast. Am Sonnabend mußte der Führer einer Au drochle einen nobel gekleideten Herrn vom Monopolhotel nach dem Linienklub und von da nach der Hohenzollernstraße fahren. In der Hohenzollernstraße stieg der Fahrgast aus, ließ die Uhr ausschalten und — bezahlte nicht. Als er in ein Haus g. n. r., nahm der Zuschauer an, er werde ihm das Geld herausreichen. Nach einiger Zeit kam der Fahrgast selber zurück, bestieg dieselbe Drochle und forderte, nach dem Reichsgesetz zu fahren. Der Zuschauer schaltete die Uhr aufs neue ein; als aber der Wagen sich in Bewegung setzte, erklärte der Herr, er wünsche einen ruhigen Wagen. Nachher und antwortete ihm der Zuschauer, dann müsse er einen anderen nehmen. Daraufhin stieg der sonderbare Fahrgast aus. Nun forderte der Zuschauer Bezahlung der ersten Fahrt und auch der eben begonnenen zweiten Fahrt; aber da zog der offenbar sehr nervöse Herr einen Revolver hervor, richtete ihn gegen den Zuschauer, schimpfte „Betrüger“, „Sturke“ usw. und dröh: „Sie glauben wohl nicht, daß er geladen ist? Ich werde Ihnen zehen!“ Der Zuschauer rezerierte hin er seinen Wagen, um sich zu decken. Schließlich beruhigte sich der Revolvermann, ging nach der Eltergaststraße, bestieg eine Bierdrochle und fuhr davon. Jedenfalls hatte er inzwischen vergessen daß er noch zu bezahlen hatte. Der Zuschauer der Au drochle fuhr hinterher, überholte ihn bald und hat am Kempferplatz einen Schuhmann um Hilfe. Er sagte dem Schuhmann, seiner Fremde habe ihn die Fahrt noch nicht bezahlt und ihn mit einem Revolver bedroht. Der Schuhmann hielt die herantommende Bierdrochle an und machte mit gebührender Höflichkeit den Insassen zu zahlen. Der holte Geld heraus, begann aber dabei von neuem zu schimpfen, schließlich vernah er wieder, daß er noch zu zahlen hatte — und fuhr davon. Der Schuhmann hat's in seiner Naivität vergessen, ihn festzuhalten, auch hatte er ihn nicht zur Wache geführt, weil er meinte, daß er aus solchen Anlässen seinen Posten nicht verlassen dürfe. Der Zuschauer der Au drochle hatte nun das Nachsehen. Er kam aber auf die Idee, nach dem Monopolhotel zurückzufahren und dort den Vorfall zu melden. Der Portier bezahlte ihm die Fahrt, da ihm der Fahrgast bekannt war. Er sagte dabei, es sei ein Graf. Uns in erster Linie dieser ganzen Affäre weniger der Herr Graf, der in seiner Au gerathelt den Revolver hervorholt, als der Schuhmann, der ihn ungehindert davonfahren ließ. Was wäre geschehen, wenn irgendein Streikbrecher an den Schuhmann herangetreten wäre und ihm erzählt hätte, da drüben gehe ein Streikposten, der habe ihn belästigt und dabei einen Revolver sehen lassen?

Dresden. Was sich ein Arbeitgeber herausnehmen darf, zeigt ein Urteil des Dresdner Gewerbegerichts. Der Chauffeur Richter von der Dresdner Automobile-Droschkegesellschaft war eines Morgens mit dem Reintgen seines Fahrzeuges beschäftigt, und war mit dieser Arbeit ziemlich fertig, als der Direktor der genannten Gesellschaft an ihn herantrat und auf das schmutzige Wasser im Eimer verweisend dem Chauffeur auf den Kopf zusagte, er habe mit Petroleum gewaschen. Richter bestritt dies entschieden, und erklärte, daß das Wasser nur von dem Auswinden des fertigen Lappens schmutzig geworden sei. Der Direktor aber blieb bei seiner Behauptung, daß Petroleum zum Reintgen verwendet worden sei. Richter möge den Eimer in den Eimer stecken, dann würde er von der Richtigkeit der Behauptung des Direktors überzeugt sein. Richter weigerte sich, das zu tun. Da auf wurde er vom Direktor aufgefordert, „in den Eimer zu riechen!“ und sich zu überzeugen! Das verweigerte er entschieden, und erklärte wiederholt, daß er kein Petroleum verwendet habe, und nicht in der Kaserne wäre, wo er alles tun müßte, was von ihm verlangt wird. Darauf erwiderte der Herr Direktor: „Und wenn auch kein Petroleum drinnen ist, ich befehle (!) Ihnen, in den Eimer zu riechen!“ Wenn Sie es nicht tun, werden Sie wegen Gehorsamsverweigerung sofort entlassen!“ Der Chauffeur weigerte sich trotzdem, und seine Entlassung war perfekt.

Er klagte nun beim Gewerbegericht auf 14 Tage Lohnentschädigung, auf Herausgabe der Kauton und auf Auszahlung der laut Vertrag ihm zustehenden Prozente. Insgesamt verlangt er 882,50 Wk. Richter behauptet, daß er kein Petroleum beim Reintgen seines Wagens verwendet habe, und das Verlangen, in den Eimer zu riechen, habe er als eine Demütigung betrachtet. Deshalb habe er sich geweigert, der Aufforderung des Direktors nachzukommen.

Das Gewerbegericht Dresden aber war anderer Meinung, indem dasselbe in der Nichtausführung des Befehls eine Arbeitsverweigerung erblickt. Der Richter hätte in den Eimer riechen müssen, da er das nicht getan habe, wäre die sofortige Entlassung zurecht erfolgt! Sowie das Gewerbegericht.

Wir und auch wohl andere werden diesen Urteils-
spruch nicht begreifen. Wenn in dem Befehl des Direktors
nicht eine Demütigung des Klägers erblickt werden soll, so
wissen wir nicht, was überhaupt die Aufforderung „in den
Eimer zu riechen“ für einen Zweck gehabt haben soll. Bei
dem Vorgang waren eine Anzahl Kollegen zugegen. Gäre
Richter der Aufforderung des Direktors Folge geleistet, so
wäre er dem Gespött und Gelächter seiner Kollegen preis-
gegeben worden. Lieber hat er die Entlassung in Kauf
genommen, als einer derartigen demütigenden Zumutung
nachzukommen. Eine Arbeitsverweigerung kann doch darin
nicht erblickt werden, wenn ein Arbeitgeber dann von den
bei ihm beschäftigten Arbeitern noch etwas anderes ver-
langt, vielleicht aus dem Eimer mit Schmutzwasser zu
trinken, dann muß dieser Befehl auch ausgeführt
werden? — Eine Antwort auf diese Frage seitens des
hiesigen Gewerbegerichts wäre uns erwünscht.
Wegen das Urteil ist natürlich Verurteilung eingelegt
worden.

Droschkenführer.

Berlin IV. Am Freitag, den 30. Oktober d. J., fand
unsere Mitglieder-Versammlung für das 3. Quartal statt.
Der Vorsitzende gedachte der im letzten Quartal verstorbenen
Mitglieder: Heinrich Reiber, Julius Westphal, August
Müller, August Quas, Friedrich Heinrich, Ernst Hempel,
Karl Suter, Karl Kühnig, Hermann Streit, Hermann Dorf-
schmidt und Wilhelm Tröschler.

Darauf gab er den Geschäftsbericht für das 3. Quartal
1908. Denselben war folgendes zu entnehmen: Schon im
Geschäftsbericht des 2. Quartals ist darauf hingewiesen
worden, daß für die laufende Geschäftsperiode die Aus-
sichten, die wirtschaftliche Konjunktur betreffend, nicht die
besten sein würden, und es muß mit Verbauern konstatiert
werden, daß auf allen Gebieten der wirtschaftliche Rück-
gang im Fortschreiten begriffen ist. Dieses wirkt ganz
besonders auf einen Teil des Personen-Lohnverkehrs
zurück und kommt hier vor allem das mit Pferden be-
triebene Droschkenfuhrwerk in Betracht. Ist doch mit einer
formwährenden Abnahme desselben zu rechnen. 3. Q. ist
dasselbe vom 1. zum 2. Quartal d. J., um 92 Wagen,
was Berlin anbetrifft, zurückgegangen, was jedoch nicht
bedeutet, daß an und für sich dieser Rückgang eine große
Einwirkung, wenn man von Mehrerwerb sprechen will,
auf die übrigen verbleibenden Pferdewagen ausübt. Dem
Haupt in Hand mit diesem Rückgang vermehren sich die
Kraftdroschken in Berlin um ca. 50 Stück, abgesehen von
Schöneberg, Kisdorf und Charlottenburg, wo uns keine
Statistik zu Gebote steht. Berücksichtigt man nun, daß die
meisten dieser Droschken Tag und Nacht im Betrieb sind,
so ist wohl nicht zu viel gesagt, daß diese 50 Stück die
aus den Betrieb gezogenen 92 Pferdewagen um das
Vierfache ersetzen. Da noch Tag für Tag neue Droschken
dieser Gattung hinzukommen, so dürfte ständig mit einem
weiteren Rückgang der anderen zu rechnen sein. Vergessen
darf ferner nicht werden, daß auch der Ausbau der anderen
Verkehrsmittel, welche der Verkehrsförderung dienen,
ebenfalls mitbestimmend ist. Die Gefahr der Konkurrenz
im Droschkenbetriebe haben auch die Kraftwagenbesitzer
erkannt und aus diesem Grunde sich für die Nummerierung
ausgesprochen. Daß aus den angeführten Gründen die
Agitation erschwert wird, bedarf wohl keiner Erwähnung.
Trotzdem erklärt es sich auch, daß in vielen Betrieben nicht
einmal die Kräfte vorhanden sind, um die Stelle eines
Vertrauensmannes zu übernehmen, wie es auch weiterhin
unmöglich ist, geeignete Kräfte zu finden, welche der Agita-
tion für die Organisation obliegen. Trotzdem kann kon-
statiert werden, daß nicht nur die Mitgliederzahl stabil
geblieben, sondern mit einer Zunahme derselben zu rechnen
ist. Am Schlusse des 2. Quartals war ein Mitglieder-
bestand von 2331 vorhanden, davon sind ausgeschieden 18,
verstorben 11, macht insgesamt 29, so daß 2302 verblieben.
Neu aufgenommen wurden 162 Kraftdroschkenführer,
26 Pferdewagen, 4 Wagenpächter, von anderen Verbänden
traten über 6, zusammen 168, zu den verbliebenen 2302
hinzugerechnet, ergibt 2470 Mitglieder, gegen das vorige
Quartal 139 mehr.

Was die Agitation und Geschäftliches anbetrifft, so ist
folgendes zu bemerken: Vorstandssitzungen fanden 6 statt,
Bezirksitzungen 25, Versammlungen wurden 6 abgehalten,
8 öffentliche und 8 Mitglieder-Versammlungen. An Post-
sachen gingen ein 153 Briefe, 70 Karten und 88 Druck-
sachen. An Ausgänge war zu verzeichnen 1419 Briefe
inklusive Karten, Zeitungen wurden 8350 per Post expediert.
Schriftstücke für Mitglieder wurden 278 angefertigt. Aus-
künfte wurden in 142 Fällen erteilt. Petitionen wurden 2
an das Kgl. Polizeipräsidium gerichtet. Der freie Rechts-
schutz wurde in 24 Fällen bewilligt, an 12 Kraftdroschken-
führer und 12 Pferdewagen und erforderte eine Ausgabe
von 699,95 Mk. Es erdeten 8 Fälle mit Freisprechung,
9 Fälle teilweise Freispruch, die übrigen erfolglos. Zu
dem im „Corrier“ bereits veröffentlichten Klassenbericht ist
noch folgendes zu bemerken: Oertliche Beerdigungsbefehle
wurde in 7 Fällen für verstorbene Ehefrauen und Kinder
gezahlt. Diese verteilen sich in folgender Weise: Für
Frauen 1 Todesfall mit 80 Mk., 50 Mk., 40 Mk. und mit
80 Mk. Für Kinder 1 Todesfall mit 25 Mk., 20 Mk. und
mit 15 Mk. Insgesamt 260 Mk. Krankmeldungen ergingen
im 3. Quartal 108. An Krankenunterstützungen wurde ge-
zahlt 1939,40 Mk. Hieran waren beteiligt die Pferdewagen
mit 82 Fällen, dieselben erhielten 1564,95 Mk., die Automobil-
führer mit 26 Fällen und einer Unterstützungssumme von
404,45 Mk. Die Krankheitsdauer betrug 2101 Tage. Es
entfielen auf Pferdewagen 1808 Tage, auf Automobilführer
408 Tage.

Eierbefälle von Kollegen waren 11 zu verzeichnen, an
deren Hinterbliebene insgesamt 900 Mk. Beerdigungs-
beihilfe gezahlt wurde. Es wurden gezahlt in 4 Fällen je
120 Mk., 2 Fälle mit 100 Mk., 4 Fälle mit 60 Mk. und
1 Fall mit 40 Mk. Notfallunterstützungen wurden 95 Mk.
gezahlt, 4 mit je 20 Mk. und 1 mit 15 Mk. Die Haupt-
kasse hatte zu erhalten 9316,85 Mk. Hiervon geht ab der
Hauptkasse geleistete Zuschuß von 800 Mk., verbleiben
8516,85 Mk., wovon dieselbe an Krankenunterstützung, Be-
erdigungsbeihilfe, Rechtschutz und Notfallunterstützungen
8614,85 Mk. zahlte, mithin in bar 5102 Mk. erhielt.

Einzelne Fragen, vom Kollegen Kranz gestellt, wurden
vom Vorsitzenden beantwortet.

Dann machte Knitter längere Ausführungen über die
bevorstehenden Gewerbegerichtswahlen. In der Diskussion
beteiligten sich die Kollegen recht reger und wurde auf die
Veränderung des bisherigen Modus der Wahlen hingewiesen.
Durch die bevorstehende Verhältniswahl ist für die
gegnerischen Gewerkschaften Aussicht vorhanden, einzelne
Mandate zu ergattern. Es wurde beschlossen, sich reger an
der Wahl zu beteiligen und in weitgehendstem Maße für
dieselbe zu agitieren.

Auf Antrag Kranz wurde beschlossen, beim Kgl. Polizei-
Präsidium um Errichtung eines Halteplatzes an der Wall-
und Neue Grünstr.-Ecke einzutreten.

Die Kollegen Knitter wurde darauf hingewiesen, daß
der Wachmeister vom Inhalter Bahnhof einen Kollegen
zur Anzeige brachte, weil dieser eine Fundsache abgegeben
hätte und der dafür bestraft wurde, weil er den Wagen
nicht sofort revidiert haben soll. Es erregte allgemeine
Unzufriedenheit, daß die Polizei die Gehaltsleiter der Droschken-
führer bestraft und wurde darauf hingewiesen, daß diese
Praxis wohl einzig in der Welt steht. Nachdem noch über
einzelne Berufsfragen gesprochen wurde, erfolgte Schluß
der Versammlung.

Handelsarbeiter.

Breslau. Wiederum ist es gelungen, einen all-
seitigen Lohn- und Arbeitsstärk für die im Verlag der
„Vollswacht“ beschäftigten Hausdiener und Packer
abzuschließen. Derselbe hat folgenden Wortlaut:

Lohn- und Arbeitsstärk
für die im Verlag der „Vollswacht“ beschäftigten
Hausdiener und Packer.

Regelung des Lohnes.
Der Anfangslohn für unverheiratete Hausdiener
und Packer beträgt 20 Mk. pro Woche, für verheiratete
24 Mk. pro Woche.

Von 20 bis 24 Mk. beträgt die jährliche Steige-
rung 2 Mk. pro Woche.

Von 24 bis 27 Mk. 1 Mk. pro Woche, und von
27 bis 30 Mk. 50 Pf. pro Woche.

Lohnzahlungstag ist Freitag.
Arbeitszeit.

Die Arbeitszeit ist eine achtsündige und bleibt
es bei der bisherigen Einteilung. — Sonntagsarbeit
findet nicht statt.

Abkündigung.

Die Abkündigungsfrist ist eine 14tägige und hat
am Lohnzahlungstage zu erfolgen.

Urlaub.

In den ersten Dienstjahren wird ein Urlaub von
1 Woche, nach 5jähriger Tätigkeit von 10 Tagen, und
nach 10jähriger Tätigkeit ein solcher von 14 Tagen,
unter Vorzahlung des Lohnes bewährt.

Diverse Bestimmungen.

Die Angestellten haben uneingeschränktes Koali-
tionsrecht.

Bei Neueinstellungen im Betriebe ist der unent-
geltliche Arbeitsnachweis des Verbandes zu benützen.
Dieser Tarif tritt mit dem 1. Oktober 1908 in
Kraft und gilt auf die Dauer von zwei Jahren.
Derselbe läuft immer ein Jahr weiter, wenn nicht
drei Monate vorher von einem Teile eine Abkündigung
erfolgt.

Breslau, den 15. Oktober 1908.

Für die Firma:

Verlag der „Vollswacht“, gez. Schllg.

Für den Deutschen Transportarbeiter-Verband,

Verwaltungsstelle Breslau:

gez. Josef Medel. W. Sent.

Durch den Abschluß ist eine Aufbesserung des
Lohnes um 3 Mk. pro Woche erfolgt, aufsteigend bis
zu einem Höchstlohn von 30 Mk. pro Woche. Außer-
dem ist auch eine Verlängerung der Urlaubszeit er-
reicht worden. Dieser Abschluß beweist wieder, was
eine starke Organisation herbeiführt, wie sie hier
besteht ist, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu ver-
bessern. Jeder uns noch fernstehende Kollege sollte
daher bald zu der Einsicht kommen, daß es notwendig
ist, sich zu organisieren, seiner Berufsorganisation an-
zuschließen, um unseren berechtigten Forderungen
immer mehr Geltung zu verschaffen.

Chemnitz. Für den Ahtuhr-Laden-

schluß. Mit diesem Thema, insbesondere mit der
Forderung um Einführung des Ahtuhr-Ladenschlusses
und der vollständigen Sonntagsruhe beschäftigte sich
eine öffentliche Versammlung, die am Mittwoch vom
Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehil-
finnen Deutschlands und dem Transportarbeiter-
Verbande einberufen war. Der Reichstagsabgeordnete
Gustav Noke und der Gewerkschaftssekretär Heide
waren als Referenten erschienen. Genosse Noke er-
griff zunächst das Wort. Er hob hervor, daß gerade
jetzt die Angestellten des Handlungsgewerbes Verantwor-
tung hätten, sich energisch um Verbesserungen ihrer zum Teil
geradezu traurigen Existenzverhältnisse zu rühren. Die
gegenwärtige Zeit der Wirtschaftskrise laufe ebenso
schwer wie auf der Industriearbeiterseite auf den An-
gestellten der Handelsgeschäfte. Birta 5000 Menschen
die bisher in der Industrie beschäftigt waren, sind
brodlos und liegen ohne Beschäftigung auf der Straße
und wie es den Industriearbeitern und Arbeiterinnen
jetzt geht, geht es einem großen Teile von Handels-
angestellten. Das bevorstehende Weihnachtsgeschäft gibt
den Unternehmern jetzt noch Veranlassung, Arbeit-
kräfte des Handlungsgewerbes noch zu halten. Wenn
aber das Geschäft den Unternehmern ihre Profite ge-
bracht haben wird, wird es den Handlungsgehilfen
gehen, wie ihren Arbeitsbrüder in den Fabriken. Die
von den Unternehmern so oft besungene Harmonie der
Interessen wird sich als blanke Phrase erweisen, wie

es sehr viele der Handelsangestellten schon jetzt selber
haben erfahren müssen. Die Angestellten der Handels-
geschäfte, die männlichen und weiblichen, die unter
einer ungemein langen Arbeitszeit leiden, haben ein
ganz eminentes Interesse daran, von der Regierung
zu erfahren, wie sie sich zu ihren schon längst erbo-
benen Forderungen stellt. Wenn sie nicht mit allem
Nachdruck für die Wahrung ihrer Interessen eintreten,
wird es der Regierung nimmermehr einfallen, etwas
zur Abänderung der geradezu skandalösen Verhältnisse
in den Verufen der Handelsangestellten zu tun. Die
Zusammensetzung des Reichstages bürgt dafür,
daß nichts zugunsten der Handelsangestellten geschehen
wird, nichts, was die Geldinteressen der Unter-
nehmer schmälern wird. Und gerade die Chemnitzer
Handelsangestellten haben alle Ursache, wachsam zu
sein und sich ganz ausschließlich auf ihre Organisationen
zu stützen. Die Chemnitzer Handelskammer hat in
ihren Gutachten immer wieder bewiesen, daß sie außer-
ordentlich rückständig ist. Die überaus lange Arbeits-
zeit ist dazu angetan, in den Handelsangestellten das
Streben nach Weiterbildung vollständig zu erlöchen.
Und die Statistiken der Krankenkassen reden eine be-
redete Sprache von den Schädigungen dieser Arbeits-
zeit und der Arbeitsverhältnisse überhaupt. Für die
Wünsche und die Leiden der Handelsangestellten hat
aber gerade das Chemnitzer Unternehmertum so viel
wie keinerlei Verständnis. Wenn aber das Unter-
nehmertum so überaus rückständig ist, was auch so
recht in dem Gutachten der Handelskammer, also der
berufenen Vertretung der Prinzipalität, vor zwei
Jahren zum Ausdruck kam, als sie sich in ihrer ge-
radezu brutalen Rückständigkeit gegen die Einführung
eines Urlandes für die Arbeiter mit größtem Nach-
druck erklärte, so hat die Arbeiterschaft des Handels-
gewerbes die Pflicht, endlich auf die gesetzliche Fest-
legung des Ahtuhr-Ladenschlusses zu drängen. Die
Konsumvereine mit ihrer nach vielen Tausenden zäh-
lenden Arbeiterfundschaft sind der schlaueste Beweis
für seine Durchführbarkeit. Aber ebenso notwendig
wie die Einführung des gesetzlichen vollständigen Sonntags-
ruhe. Von einem vollkommenen Ruhetage kann jetzt
bei den Angestellten des Handlungsgewerbes überhaupt
nicht gesprochen werden. In England z. B. kennt
man offene Läden an Sonntagen nicht. Und die
Einführung, die dort möglich ist, wird bei uns ohne
Zweifel ebenfalls durchführbar sein. Von der Reichs-
regierung ist so bald die gesetzliche Einführung der
Sonntagsruhe nicht zu erwarten. Deshalb müssen die
Handlungsangestellten sich in Kampforganisationen zu-
sammenfinden, um das, was ihnen nicht freiwillig
entgegen gebracht wird, zu erzwingen!

Gewerkschaftssekretär Heide führte aus, daß die
organisierte Arbeiterschaft alles tun werde, um die
Anstrengungen der Handelsangestellten wirksam zu un-
terstützen. Nicht nur, daß die Arbeiter ihre Einkäufe
vor abends 8 Uhr besorgen werden, die Arbeiter wer-
den auch ihre Macht als Konsumenten geltend machen.
Sie werden in Zukunft nur solche Geschäfte frequen-
tieren, die den Angestellten des Handlungsgewerbes Ge-
rechtigkeit widerfahren lassen, die den Ahtuhr-Laden-
schluß und die Sonntagsruhe eingeführt haben wer-
den. Bayern hat vor gar nicht langer Zeit den Be-
weis erbracht, was ja schon längst feststand, daß die
Unternehmer mit den kaufmännischen Angestellten ge-
nau so rücksichtslos verfahren, wie mit den organi-
sierten Arbeitern, sobald diese sich nur auf ihre Rechte
besinnen. Die Arbeiterschaft des Handlungsgewerbes
wird endlich ihre Forderungen durchdrücken, mit oder
ohne den Willen der Unternehmer.

Als Vertreter der Handelsgehilfen ergriff der
Vandeker das Wort. Er betonte, daß sich die Mit-
glieder seiner Organisation schon lange auf die Selbst-
hilfe gestellt haben. Von einem Eingreifen der Re-
gierung zugunsten der Arbeiterschaft sei wenig zu er-
warten. Selber müsse die Arbeiterschaft ihren Mann
stellen. Er gestalte die Ausbeutung der jugendlichen
Arbeitskräfte, insbesondere der weiblichen, durch die
Unternehmer. Nicht helfen und hüten, sondern for-
dern müsse die Arbeiterschaft ihre Rechte. — Genossin
melbeten sich in der Diskussion nicht zum Wort. Fol-
gende Resolution, die den Reichstagen zugestellt
werden wird, wurde einstimmig angenommen:

„Die heute im Thaliahaus tagende, von Hand-
lungsgehilfen und -Gehilfinnen sowie Handelsgehilfen-
arbeitern zahlreich besuchte Versammlung, gibt dem
dringenden Wunsche Ausdruck, daß die verbündeten
Regierungen schleunigst einen Gesekentwurf an den
Reichstag gelangen lassen, worin der Ahtuhr-Laden-
schluß und die völlige Sonntagsruhe für alle Han-
delsangestellten reichsgesetzlich festgelegt wird.“

Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden Genossin
Landgraf, in dem er bekannt gab, daß der Zentral-
verband der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen
Deutschlands mit Unterstützung des Transportarbeiter-
verbandes und der übrigen organisierten Arbeiterschaft
an Reformationsstage unter den hiesigen Ladenarbeitern
eine Abstimmung über die Einführung des Ahtuhr-
Ladenschlusses veranstaltet, wurde die gut besuchte Ver-
sammlung geschlossen.

Transportarbeiter.

Brandenburg a. S. Welchen Wert Arbeiter-
leben besitzen, beweist so recht folgender Fall. Unter
Kollege Hohmann, der jahrelang bei einer unserer
ersten Erdbitionsfirmen als Aufsicher tätig war, stürzte
er die Nacht vom 5. zum 6. November von seinem
Wohlfahrerwagen; die Räder gingen ihm über den Kopf,
wodurch der Tod herbeigeführt wurde. Ueber die
näheren Umstände ist genaues nicht bekannt, da Reu-
nicht vorhanden, und können wir nur unseren Ver-
mutungen Raum geben. Trotzdem müssen wir behaupten,
daß der Tod unseres Kollegen S. nur auf das
von dem Unternehmertum betriebene Ausbeutungssystem
der Arbeiterschaft zurückzuführen ist. Hohmann, als

Nach für die Sonntagsarbeit wird nur in wenigen Betrieben eine Vergütung gewährt. Sie beträgt 25, 30, 32 bis 40 Pf. pro Stunde. Nur in einem einzigen Betrieb werden 60 Pf. pro Sonntags-Überstunde gezahlt. Selbst die gesetzlichen Feiertage werden in nun Betrieben nicht bezahlt. Sommerurlaub erhalten in zwei Betrieben alle Kollegen; in sechs Betrieben erhalten nur die Packer einen solchen. Der Urlaub schwankt zwischen 3 und 14 Tagen. In 17 Fabriken wird überhaupt kein Urlaub gewährt.

Der Referent behandelt schließlich noch verschiedene andere Punkte und fordert die Anwesenden daraufhin auf, zur Herbeiführung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen sich in der Organisation fest zusammenzuschließen. Wohl hat die Bewegung unter den Kollegen in der Stroh- und Filzhutbranche in der letzten Zeit ganz erfreuliche Fortschritte gemacht; ein fester Stamm hat sich in dieser Berufsgruppe bereits gebildet, aber noch fehlt ein erheblicher Teil der Berufskollegen unserer Sache fern. Diese zu gewinnen, muß unerer aller Aufgabe in der nächsten Zeit sein. — Redner weist auf die gute Organisation der Unternehmer hin und ganz besonders auf die der Dresdener Stroh- und Filzhutfabrikanten. In dieser Organisation können sich unsere noch fernstehenden Kollegen ein Beispiel nehmen. Es sei höchste Zeit, daß die schmachtenden Zustände, unter welchen alle Kollegen zu leiden haben beseitigt werden.

Dem beifällig aufgenommenen Vortrage folgte eine lebhafte Debatte, in welcher betont wurde, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Stroh- und Filzhutbranche vielfach noch schlechter sind, als der Referent geschildert. Löhne von 13, 14 und 15 Mark für erwachsene Männer sind in dieser Branche gar keine Seltenheit. Leider gibt es noch eine Anzahl Kollegen, welche trotz der miserablen Verhältnisse der Organisation teilnahmslos, wenn nicht gar feindselig gegenüberstehen. So haben einzelne dieser Kollegen bei Ausfüllung unserer statistischen Fragebogen jedwede Auskunft den Fragestellern verweigert. Das müssen in der Tat sonderbare Kollegen sein, die sich scheuen, über ihre jammervolle Lage Auskunft zu erteilen. Daraus ist ungesähr zu ersehen, was für eine gewaltige Aufklärungsarbeit hier noch notwendig ist. Alle Redner forderten die Anwesenden zum festen Zusammenschluß in der Organisation auf, damit endlich bessere Verhältnisse Platz greifen. Hierauf gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

Die am 20. Oktober cr. im „Senefelder“ tagende öffentliche Versammlung der in Stroh- und Filzhutfabriken beschäftigten Packer, Marktbesitzer und Hilfsarbeiter erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden. Sie erkennen an, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in der Stroh- und Filzhutbranche beschäftigten Kollegen dringend der Verbesserung bedürfen. Sie ist aber der Meinung, daß eine Umgestaltung der jetzigen Lohn- und Arbeitsbedingungen nur durch eine straffe Organisation aller in Stroh- und Filzhutfabriken beschäftigten Berufskollegen herbeiführt werden kann. Deshalb beschließen sich die Versammelten, unermüdet dahin wirken zu wollen, daß alle noch fernstehenden Kollegen baldmöglichst der Organisation als Mitglieder beigefügt werden.

Die Ortsverwaltung wird ersucht, zur Herbeiführung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen die notwendigen Schritte zur geeigneten Zeit einzuleiten zu wollen.

Unter „Verursachungsgelegenheiten“ wird von einem Kollegen Kritik an den Zuständen auf dem hiesigen Hauptpostamt geübt. Der Abfertigungsraum auf dem Postamt sei viel zu klein und genüge den heutigen Verkehrsverhältnissen in keiner Weise. Hier müsse energisch auf Abhilfe gedrängt werden. Auch an einer Bedürfniskonferenz fehlte es für das zahlreiche Publikum. Ueber ähnliche Zustände klagt ein Kollege auf dem Postamt. Es sei notwendig, daß diese Zustände in der breiten Öffentlichkeit gebührend gekennzeichnet werden, damit endlich Remedur geschaffen wird. — Hierauf gibt ein Kollege seiner Meinung dahin Ausdruck, daß endlich der Siebener Postklub in Dresden einflußreich wird. Die Versammlung nimmt diese Ausführungen mit lebhafter Zustimmung auf. Nachdem noch einmal aufgefordert worden war, in Zukunft alles daran zu setzen, daß der letzte Mann für unsere Organisation gewonnen wird, schloß der Vorsitzende mit auferndenden Worten die gut verlaufene Versammlung.

Jena. Am 17. Oktober fand unsere Generalversammlung statt. Kollege Uhlig erstattete den Bericht über das 3. Quartal, aus welchem zu entnehmen ist, daß 2 öffentliche und 1 außerordentliche Generalversammlung außerdem 6 Mitgliedsversammlungen und 9 Vorstandssitzungen und Betriebskassen stattfanden. Eingegangen waren 57 Schriftstücke darunter 11 Pakete; verhandelt wurden 49 Briefe und 21 Drucksachen. In der Diskussion kritisierte man das Verhalten einiger Vorstandsmitglieder, welche die Sitzungen usw. geschwänzt haben. Kollege Bezold stellte den Antrag, ein Bureau zu wählen, welcher leider abgelehnt wurde. Der Arbeitsnachweis wurde nicht besonders gut benutzt; es meldeten sich 36 Kollegen, davon wurden 24 für feste Stellen engagiert, 9 zur Ausschleife und 3 h'leben arbeitslos. Es muß leider konstatiert werden, daß die Kollegen sich sehr wenig zur Kontrolle melden; dies muß in Zukunft besser gehen. Die Wahl einer Agitationskommission wurde vom Vorsitzenden dahin begründet, daß wir eine Hausagitation vornehmen wollen, um so die indifferenten Kollegen zu bewegen, in die Organisation einzutreten. Gewählt wurden die Kollegen Ribbenhain, Borchardt, Köhner, Bauerbach, Meiner und Schanze; in nächster Zeit wird eine Sitzung stattfinden in welcher die Kollegen mit ihrer Arbeit betraut werden sollen. Hoffen wir, daß die Kommission erfreuliche Erfolge erzielen wird. Auch in diesem Jahre soll ein Wintervergütigen statt-

finden; dazu wurde eine sechs-köpfige Kommission gewählt, welche die Vorarbeiten zu leisten hat. Dann wurde von verschiedenen Seiten klage geführt, daß die Abrechnung nicht gegeben werden konnte. Kollege Bezold erklärte hierauf, daß noch nicht alle Unerkennbare mit dem Ortsreferenten abgerechnet haben; eben falls mußte konstatiert werden, daß der Bevollmächtigte nicht zur Stelle war. Auch über den Arbeitsnachweis wurde geklagt, daß der Bevollmächtigte nicht zur Zeit der Sprechstunden zu Hause war. Nachdem noch verschiedene über dies und jenes gesprochen hatten, wurde die Versammlung geschlossen.

Die Generalversammlung der hiesigen Verwaltungsstelle fand am 21. Oktober statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Kollegen Sing und Rettmann in der üblichen Weise gelehrt.

Ein Kollege aus Liebeck hielt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: Ihr laßt den Armen schuldig werden. Den Geschäftsbericht gibt der Kollege Arnold, er betont, daß auch im 3. Quartal wieder ein Schritt vorwärts getan ist. Die Zahl der Mitglieder betrug am Ende des 2. Quartals 1921 männliche, 76 weibliche, 21 jugendliche, am Ende des 3. Quartals 1937 männliche, 116 weibliche, 23 jugendliche. Es fanden 8 öffentliche, 29 Mitglieds- und 78 Betriebsversammlungen und Sitzungen statt. Ein Tarif wurde abgeschlossen mit der Firma Schaper, was unseren Kollegen bedeutende Erfolge gebracht hat.

Sodann gab Kollege Meulke die Abrechnung vom 3. Quartal.

Einnahme:

Rassenbestand vom 2. Quartal	4814,08 Mk.
164 Ausnahmen à 1,- Mk.	164,-
47 " " " 0,50 " weibl.	23,50
2 " " " 0,50 " jugendl.	1,-
20648 Beiträge à 0,40	8257,20
1152 " " " 0,20	230,40
258 " " " 0,20	51,60
Vertikale Zuschußbeiträge 20648 à 0,10 Mk.	2064,80
1410 à 0,05	70,50
Beiträge zum örtl. Fonds 2179 à 0,10	217,90
Streichfonds 1708 à 0,50	854,-
Festüberschüsse	80,27
Sonstige Einnahmen	28,45
Zusammen	16841,20 Mk.

Ausgabe:

Für Extraintersetzungen	58,- Mk.
Für Reiseintersetzungen	55,85
Verwaltungsausgaben:	
a) persönliche (Wohlf., Entschädigung, Prozente an die Kassierer)	2288,08
b) sächliche (Miete, Materialien, Telefon)	483,80
Für Versammlungen, Annonzen, Drucksachen usw.	169,75
Bibliothek und Zeitschriften	57,63
Kartell- und Sekretariatsbeiträge	449,87
Vorteil, Telegramme usw.	68,82
Sonstige Ausgaben	274,80
An die Hauptkasse gesandt	7024,55
Rassenbestand	5464,85
Zusammen	16841,20 Mk.

Die Richtigkeit der Abrechnung bestätigt der Bevollmächtigte Christian Redensdorf, der Kassierer S. Meulke, der Schriftführer S. Frahm, die Revisoren Detl. Graf, G. Scheer und S. Schulz. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt.

Sodann wurde folgenden Anträgen von der Generalversammlung zugestimmt: 1. Die Bewilligung der Kosten für die Flugblätter zur Agitation für die Sonntagsruhe. 2. Daß der Ortsverwaltung das Recht zusteht, für Agitation bis zu 200 Mk. zu bewilligen. 3. Daß in den Monaten, wo die Generalversammlung stattfindet, die Distriktsversammlungen ausfallen. 4. Den weiblichen Mitgliedern vom 3. Quartal ab die Extrabeiträge zu erlassen. 5. Bei Betriebskassierung nur 5 pCt. zu vergüten. 6. Dem Festkomitee wurden 90 Mk. für Gewinne zum Stiftungsfest bewilligt. Wegen vorgerückter Zeit wurde die Versammlung vertagt, und beschloß, anstatt der nächsten Distriktsversammlung eine außerordentliche Generalversammlung stattfinden zu lassen, mit der Tagesordnung: Bericht der Beschwerdekommision. Dann erfolgte der Schluß der Versammlung.

Leipzig. Die Kohlenarbeiter und die in Kohlenhandlungen beschäftigten Geschirrführer von Leipzig und Umgebung nahen in einer am Sonntag, den 18. Oktober tagenden Versammlung Stellung zu ihren Lohn- und Arbeitsverhältnissen. Der Referent schilderte in eingehender Weise, unter welch traurigen Verhältnissen gerade die Kohlenarbeiter zu leiden haben. Neben einer ausgedehnten Arbeitszeit wird in den meisten Betrieben heute noch ein Lohn gezahlt, der zum Leben vollständig ungenügend ist. Dazu kommt, daß die familiären Einrichtungen jeder Beschreibung spürten. Um diese Zustände zu beseitigen und bessere Verhältnisse herbeizuführen ist es dringend nötig, daß die Kollegenschaft selbst mit Hand ans Werk legt. In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß das Publikum, resp. die Arbeiterschaft veranlaßt werden müsse, die Lieferung von Kohlen nach 7 Uhr abends zu verweigern. Durch die Organisation würden zwar in einer Reihe von Betrieben Verbesserungen herbeigeführt, doch sind diese noch ungenügend. Hierauf gelangte nachstehende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die am 18. Oktober im Volkshaus verammelten Kohlenarbeiter erklären sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Die Versammelten beauftragen die Leitung des Transportarbeiterverbandes den Unternehmern der Leipziger Kohlenhandlungen dieses mitzuteilen und denselben weiter zu eröffnen, daß die geschilderten Zustände im Interesse der Allgemeinheit zu verschwinden haben und daß die Unternehmer ihre Kalkulationen und Dispositionen so treffen, daß sie in der Lage sind im Jahre 1909 ihrem Personal nicht nur den Lohnfortschritt, sondern auch eine Lohnerhöhung von mindestens 10 pCt. gewähren zu können.“ Um diesen Forderungen den nötigen Nach-

druck zu verleihen, verprechen die Versammelten, mit allen zu Gebot stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß auch der letzte Mann in Kohlenbetrieben der Organisation zugesührt wird.

Magdeburg. Mitgliederversammlung vom 6. Okt. Kollege Schwabe gab den Quartalsbericht. Das Gewerkschaftsfest ergab einen Ueberschuß von 136,50 Mk. Der Gasthof „Zum schwarzen Adler“ und das Korbstoffgeschäft von Lange, Starthaus, sind zu melden. Kollege Paulik erstattete sodann Bericht über die Konferenz in Breslau. Ferner erfolgte noch eine Aussprache über die Stadtverordnetenwahlen. Sodann wurde das Vergütungskomitee ergänzt.

Magdeburg. Am 27. Oktober fand unsere Generalversammlung statt, welche sich eines sehr zahlreichen Besuches erfreute. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken von drei verstorbenen Mitgliedern und von zwei verstorbenen Ehefrauen der Mitglieder. Den Geschäftsbericht vom 3. Quartal erstattete Drechsler. Die Entwicklung im 3. Quartal kann für die hiesige Verwaltungsstelle in Anbetracht der wirtschaftlichen Verhältnisse als zufriedenstellend bezeichnet werden. Gelang es doch, trotz der von Arbeitgeberseite gezielten reichstruckenden Vereine die Mitgliederzahl von 2322 auf 2361 zu erhöhen. Sie wäre noch bedeutend höher, wenn nicht ein Teil Mitglieder infolge der wirtschaftlichen Krise Magdeburg verlassen hätte, um in anderen Orten Beschäftigung zu suchen. Trotz der guten Einrichtungen der Verwaltungsstelle ist die Situation noch eine erhebliche. Der Markenumsatz liegt von 27 106 im 2. Quartal auf 28 814 im 3. Quartal, eine Zunahme gegenüber dem 2. Quartal um 1700. Im Durchschnitt beträgt dies für das Mitglied 12,30 Beiträge. Die Arbeitslosigkeit, die im 3. Quartal früherer Jahre nur gering war, hat im verflochtenen Quartal eine Ausdehnung angenommen, die für den Winter das schlimmste bestrichen läßt. 247 Kollegen melden sich im 3. Quartal arbeitslos. Der Lohnausfall, den diese Kollegen durch die Arbeitslosigkeit hatten, beträgt so ziemlich 9000 Mk. Eine Folge davon ist, daß oft Anforderungen an die Verwaltung gestellt werden, die statutenmäßig nicht berücksichtigt werden können. Die geschäftliche Tätigkeit war wieder eine recht intensive. 5 öffentliche und 29 Mitgliederversammlungen sowie 58 Betriebsbesprechungen wurden abgehalten. Fast an allen Abenden waren die Beamten in Sitzungen und Besprechungen anwesend. Die Agitation unter den Straßenbahnern kann noch nicht befriedigen. Das drakonische Vorgehen der Direktion gegen einzelne Straßenbahner sowie das eingerichtete Spionagesystem hält einen Teil der Straßenbahner noch ab, sich dem Verbands anzuschließen. In nächster Zeit werden wir die geliebte Praxis der Magdeburger Straßenbahn der vollen Deffenlichkeit unterbreiten. Trotz der wirtschaftlichen Krise gelang es der Verwaltung noch, in Hochdruckengeschäften für eine Anzahl Kollegen, eine Erhöhung des Wochenlohnes um 1 bis 1,30 Mk. und sonstige hygienische Betriebsverbesserungen zu erlangen. Auch haben infolge unseres Eintretens die Kollegen bei verschiedenen Brennmaterialienhändlern Lohnerrhöhungen von 1 bis 3 Mk. pro Woche erhalten.

Rechtschutz wurde in zwei Fällen gewährt. In einem Falle war der betreffende Kollege des Diebstahls bezichtigt und zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Durch Gewährung des Rechtsbestandes wurde der Kollege vom Landgericht freigesprochen und die gesamten Kosten der Staatskasse auferlegt. Im andern Falle lag Anklage gegen Uebertretung der Straßenpolizeiordnung vor, was dem Kollegen zehn Tage Gefängnis einbrachte. Im Berufungsstadium gelang es dem Rechtsbestandes des Kollegen, diese Gefängnisstrafe in eine kleine Geldstrafe umzuwandeln.

Der Rassenbericht erstattete der Kassierer Weidner. Die Gesamteinnahme einschließlich des Rassenbestandes vom 2. Quartal betrug 16 961,45 Mk., die Ausgabe der Lokalkasse betrug 4230,20 Mk., die Hauptkasse erhielt 9065,95 Mk., so daß am Schluß des 3. Quartals ein Rassenbestand für die Lokalkasse von 3665,75 Mark verbleibt. An Unterstützungen wurden gezahlt: Arbeitslosenunterstützung 1566,75 Mk., Krankenunterstützung 1426,05 Mk., Sterbunterstützung 365 Mk., Streik- und Gemahrgeldunterstützung 677,40 Mk., Mitgliedsbeiträge 91,46 Mk., Extraintersetzungen 95 Mk. und Neuentersetzungen 78,50 Mk. Trotz der hohen Unterstützungsstämme erhöhte sich der Lokalkassenbestand noch um circa 800 Mk. gegenüber dem 2. Quartal. Der Rassenbericht wurde mit Befriedigung entgegengenommen zeigt er doch, wie hilfreich der Verband den Hunderten von arbeitslosen und kranken Mitgliedern zur Seite gestanden hat. Der Ortsverwaltung und dem Kassierer wurde einstimmig Decharge erteilt. Den Bericht von der im Monat Juli abgehaltenen Konferenz erstattete Schwierke. Dem, auf der Konferenz angenommenen Antrag, den Bevollmächtigten Drechsler von seinem Posten in Magdeburg zu entbinden, damit er seine ganze Tätigkeit dem Gau 9 widmen könnte, stimmt die Versammlung nach lebhafter Debatte zu. An seiner Stelle wird als erster Bevollmächtigter für Magdeburg Schwierke gewählt. An Stelle eines ausgedienten Revisors wird Anblanch gewählt. Als Kartellbeauftragter für das Jahr 1909 werden Drechsler, Drevesriedt, Hagen, Deike, Schöpe, Schwierke, Siebert und Weidner gewählt, als Geschäftsmänner B. Bach, A. Köhler, Ebohr und Schmalfeld. Von dem Resultat der gemeinschaftlichen Sitzung mit dem Vorstände des Brauereiarbeiterverbandes nimmt die Versammlung Kenntnis. Mit dem Wunsche, daß jeder Kollege seine ganze Kraft einsetzen möge, um auch im 4. Quartal vorwärts zu kommen, wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Marburg a. d. S. Trotz Krise, schlechter Bezahlung und großer Arbeitslosigkeit geht es doch ganz schön vorwärts, das beweist kürzlich unsere Versammlung. Dieselbe war besser als alle vorherigen Besuchs-

und ließen sich die meisten Kollegen in den Verband aufnehmen. Der Gauleiter hielt ein Referat über Zweck und Nutzen der Berufsorganisation. Er erzielte für seine klaren, beweiserbringenden Ausführungen lebhaften Beifall. Nachdem noch die Abrechnung vom 3. Quartal, die eine ganz schöne Zunahme erwies festgestellt war, schloß der Kollege Merlau mit der Aufforderung, recht fleißig weiter zu arbeiten, die imposante Versammlung.

Niederfelditz b. Dresden. In einer gut besuchten Versammlung sprach am 21. Oktober Genosse Bud über "Die Schulzoll- und Finanzpolitik des Reiches und deren Einfluß auf den Arbeiterhaushalt". Der Referent schilderte in großen Zügen, wie ungeheure Summen auf dem Wege der indirekten Steuer vom Volke erhoben werden, um zum großen Teil für unproduktive Zwecke Verwendung zu finden: Und immer noch mehr soll die arbeitende Klasse beaufschlagt werden, während man einer kleinen Minderheit durch die Liebesgabenpolitik Vorteile zuschanzt. Eine gerechte Besteuerung durch eine Reichseinkommensteuer und Erbschaftsteuer mit starker progressiver Steigerung lehnt die herrschende Klasse stets ab. Da die Belastung des Haushalts einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie durch die direkte und indirekte Steuer mindestens 150 Mk. pro Jahr beträgt, ist es Pflicht jedes denkenden Arbeiters, den Vorgängen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet mehr als bisher Beachtung zu schenken, um diese ungerechte Besteuerung beseitigen zu helfen. Der Vortrag fand starken Beifall. Dann gab Kollege Schiller den Geschäftsbericht, an den sich eine kurze Debatte knüpfte. Geleitet wird der schlechte Versammlungsbesuch in der letzten Zeit und angeregt, die Versammlungen wieder jeden Sonnabend nach dem 15. jeden Monats stattfinden zu lassen, wobei die Orte abwechseln sollten. Dem wird zugestimmt. Nachdem noch auf die Arbeiterpresse und die Wahlrechtsdemonstration aufmerksam gemacht worden ist, erfolgt Schluß der Versammlung.

Bismarcks. Trotz der Krise geht es doch vorwärts. Unsere am 25. Oktober abgehaltene Versammlung wenigstens ließ diese Hoffnung aufkommen. Nicht zahlreich waren unsere Kollegen erschienen, und sehr ruhig hörten sie den interessanten und lehrreichen Ausführungen des Gauleiters zu, der über: "Was muß der Arbeiter von der Unfallversicherung wissen" referierte.

Die Abrechnung vom 3. Quartal wurde auch vor der Versammlung gemacht und ist eine kleine Steigerung der Mitglieder, sowie der verkauften Wochenbeiträge zu verzeichnen. In der Diskussion wurden noch verschiedene interne Angelegenheiten besprochen, sowie das brutale Verhalten eines "Auchkollegen" scharf gerügt. Wir unterlassen es diesmal, den Namen dieses Oberstmarobers zu nennen, werden es aber nachholen, wenn er sich durch diese Zeilen nicht bessern sollte. Mit diesem Vortrage werden wir schon fertig, dies möge sich der Herr gesagt sein lassen.

Reichenbach. Eine gut besuchte Mitgliederversammlung fand am 18. Oktober statt. Der Kassierer erstattete den Bericht und bemerkte, daß vom Verkauften ein Defizit von 1.90 Mk. zu verzeichnen ist. In der Quartalsabrechnung betrug die Einnahme 694,20 Mk., die Ausgabe 186,84 Mk., bleibt ein Bestand von 507,36 Mk.. Auf Antrag des Revisors, Kollegen Loh, wurde dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Den Bericht vom Gewerbegerichtstag gab Kollege Dörfel. In eingehender Weise schilderte Nebner die Verhandlungen. Reicher Beifall wurde ihm am Schluß seiner Ausführungen gezollt. In der darauffolgenden Diskussion nahm der Parteisekretär Genosse Finkenwirth das Wort und machte die Kollegen auf die Bedeutung derartiger Verbandstage aufmerksam. Unter dem Hinweis, daß es vor allen Dingen Pflicht sei, sich gewerkschaftlich und politisch zu organisieren, schloß der Nebner seine Ausführungen. Am Schluß wies Kollege Gismann darauf hin, daß sächsische Volksblatt zu abonnieren. Nachdem die Kollegen Wunder und Waslo noch einige örtliche Betriebsmängel zur Sprache brachten, wurde die Versammlung geschlossen.

Stendal. Nachdem jahrelang es mit der Organisation bei uns nicht vorwärts gehen wollte, macht sich jetzt unter den Kollegen etwas mehr Leben bemerkbar. Wenn auch der Besuch der öffentlichen Versammlung am 17. Oktober noch zu wünschen übrig ließ, der Geist der Kollegen scheint jetzt ein besserer zu werden, wie er ehemals war. Der Gauleiter hielt einen Vortrag über "Die politische und wirtschaftliche Rechtfertigung der Arbeiter in der heutigen Zeit". Nachdem bewirkten zwei Kollegen ihre Aufnahme in den Verband.

Die Ummantel ist noch eines von jenen Flecken Erde unseres Vaterlandes, auf denen der Kampf der Arbeiterschaft gegen Verdummung und Ausbeutung der Arbeiter durch die Unternehmer und deren Trabanten bis jetzt noch nicht den entsprechenden Erfolg für uns zeitigte. Es ist da doppelt erfreulich, wenn unsere Kollegen etwas mehr sich zu regen beginnen. Notwendig ist aber, daß diese jetzt begonnene Regsamkeit anhält, damit wir auch diejenigen, die uns noch fernstehen, auf die es aber gerade ankommt, in Mitleid für den Verband gewinnen. Nur dann erst werden wir mit den gerade in Stendal so besonders niedrigen Löhnen aufträumen und den Kollegen Arbeitsbedingungen erkämpfen können, die den heutigen Lebensmittelpreisen, sowie den jetzigen Lebensbedürfnissen eines Arbeiters das Gleichgewicht halten.

Deshalb, Kollegen, handelt dementsprechend!

Stolz i. P. Eine öffentliche Versammlung fand hier am Sonntag, den 11. Oktober statt, in welcher der Gauleiter über das Thema: "Die wahren Ursachen der Kindersterblichkeit in den unteren Volksschichten" referierte. Trotz der lebhaftesten Agitation war die Versammlung leider sehr schwach besucht. Dies ist

allerdings kein Zeichen dafür, daß es den Kollegen in Stolz recht gut geht, sondern den schwachen Versuch kann man nur so auffassen, daß hier die Kollegen in einer großen Lässigkeit und Gleichgültigkeit verfallen sind. Allerdings ist dieses bedauerlich, da die Kollegenchaft in Stolz noch zu sehr niedrigen Löhnen arbeiten muß und hierdurch wiederum gezwungen ist, die Frauen mitarbeiten zu lassen, um die sarge Ernährungszweise etwas zu verbessern. Gerade dieses Thema hätte eine vollbesetzte Versammlung bringen müssen. Der Referent wies an der Hand statistischen Materials auf die große Kindersterblichkeit im Reiche hin und hob besonders hervor, daß unsere Heimatprovinz Pommern hierin noch weit über den Reichsdurchschnitt stehe, also sehr ungünstig hierbei für die Bewohner abschneide. Weiter wurde auf die Unterschiede der Sterblichkeit der Kinder in den verschiedenen Volksschichten der Bevölkerung hingewiesen, wo die unteren Volksschichten, die Arbeiter, am meisten in Mitleidenschaft gezogen werden. Hierdurch ist nun bewiesen, daß der Stand der Eltern und die Einkommensverhältnisse derselben auf die Sterblichkeit der Kinder ganz hervorragend einwirken. Also sind die wahren Ursachen der Kindersterblichkeit in den unteren Volksschichten auch nur hier zu finden. Wer nun ernstlich hiergegen ankämpfen will, sollte mit dafür sorgen helfen, daß die Arbeiterschaft gesunde Wohnungen bewohnen, sich besser nähren, sich nach getaner Arbeit erholen und die Kinder besser pflegen kann. Wenn die Arbeiterschaft dies vollziehen kann, dann wird die Sterblichkeit der Kinder von selbst geringer werden. Alle anderen Maßregeln hingegen, welche man nur als Salben und Pflasterchen auf diese Wunde des Volkes ansehen. Man lasse den Arbeitern also einen Lohn verdienen, womit er als Mensch unter Menschen leben kann und mit einem Schlage sind wir aus dieser Misere heraus. Aber hier ist man vorsichtig, da es dann an den eigenen Geldbeutel geht. Man gibt uns nichts freiwillig, sondern man läßt uns schwer um die Verbesserung unserer Lage kämpfen. In diesem Kampf aber müssen wir zusammenstehen, und darum muß jeder Kollege, der hier helfen will, sich dem Deutschen Transportarbeiterverband als Mitglied anschließen. Mehrere Redner sprachen hier noch im Sinne des Referats. Nach einem lehrreichen Schlußwort des Kollegen fand dann diese Versammlung ihren Schluß.

Mitgliederversammlung vom 15. Oktober. Beschlossen wurde hier, das Eintreffungsfest am 28. November abzuhalten. Das Komitee wurde gewählt, ebenso wurde das Eintrittsgeld festgelegt. Nachdem wurde der Wunsch laut, daß die Kollegen Hilflasterer das Kassieren der Beiträge pünktlich vornehmen möchten. Weiter machte ein Kollege die Anwesenden auf den Nutzen des Verbandes für die Kollegen aufmerksam und ersuchte, den "Courier" recht aufmerksam zu lesen und forderte weiter auf, statt der hiesigen Tagesblätter, das Blatt der pommerschen Arbeiter, den "Volksboten" zu lesen. Man sollte nicht die Gegner der Arbeiterbewegung durch Abonnieren ihrer Zeitungen unterstützen, sondern solle dies Geld der Arbeiterpresse, die stets für die Interessen der Arbeiter eintritt, zuwenden, damit diese Presse immer mehr ausgebaut werden kann. Hierauf verlas der Kassierer die Abrechnung vom 3. Quartal und wurde diese für richtig befunden. Mit dem Appell, nun wieder mehr wie bisher für die Ausbreitung der Organisation am Orte tätig zu sein, damit auch hier mal bessere Löhne gezahlt werden und bessere Zustände Platzgreifen, wurde die Versammlung geschlossen.

Allgemeines.

Stuttgart-Cannstatt. Wenn das Herbstgeschäft kommt, dann haben wir wieder einen besseren Geschäftsgang. Dies war den ganzen Sommer die Meinung der Berufscollegen aller Sektionen. In diesem und jenem Betriebe hat es denn auch angezogen, aber im großen und ganzen ist die erwartete Steigerung von Arbeitsgelegenheit ausgeblieben. Ist das Herbstgeschäft beendet und die Wauten infolge der Kälte jüngergelegt, dann wird so mancher, der seither in der Hoffnung, nicht entlassen zu werden, seine 14 bis 16stündige Arbeitszeit mit doppeltem Fleiß verrichtet hat, alle Lannen seines Herrn mit stiller Duldung ertragen, aus Pfaster fliegen. Die Behauptung unserer Kollegen, die Arbeitslosigkeit spiele im Lande. und Transporterwerbe keine oder wenigstens keine so große Rolle wie in anderen Berufen, ist zum Schaden der gesamten Kollegenchaft im Laufe dieses Jahres durch die herrschende Arbeitslosigkeit gründlich widerlegt worden. Der zuverlässigste Gradmesser für die Arbeitslosigkeit ist die Organisation bezw. die von ihr gezahlten Unterstützungen, wie nachstehende Zahlen beweisen:

	Arbeitslosigkeit	Krankheit
	1907	1907
1. Quartal	76,50 Mk.	376,80 Mk.
2. "	64,65 "	202,25 "
3. "	60,35 "	242,25 "
4. "	55,65 "	381,35 "
Zusammen	257,15 Mk.	1202,65 Mk.
	Arbeitslosigkeit	Krankheit
	1908	1908
1. Quartal	103,50 Mk.	758,10 Mk.
2. "	133,85 "	376,12 "
3. "	295,86 "	391,85 "
Zusammen	533,21 Mk.	1526,07 Mk.

Wie aus diesen Zahlen ersichtlich, wurden für Arbeitslosenunterstützung innerhalb neun Monaten im Jahr 1908 276,06 Mk. mehr ausbezahlt wie im Jahre 1907 in allen zwölf Monaten. Die Krankenunterstützung ergibt in den 3 Quartalen 1908

eine Mehrleistung gegen das ganze Jahr 1907 von 223,42 Mk. Die hohe Ziffer der Krankenunterstützung beweist dem Kenner der Verhältnisse zur Genüge, daß darin eine große Summe für Arbeitslosenunterstützung enthalten ist. Vom wirtschaftlichen Standpunkt des Arbeiters aus betrachtet leicht erklärlich und verständlich. Zur Zeit des guten Geschäftsganges gibt er sich alle Mühe, seinen Körper arbeitsfähig zu erhalten, vorübergehendes Unwohlsein wird kaum beachtet, weiß er doch nur zu gut, daß Kranksein nicht nur vermindertes Einkommen für ihn bedeutet, sondern auch den Verlust der Arbeit für ihn im Gefolge haben kann. Um diesem zu entgehen, kämpft er sich durch so gut und so schlecht es eben geht. Kommt dann die Arbeitslosigkeit wirklich, dann meldet er sich krank, und nur zu oft kann dann der Arzt konstatieren, daß der Mann nicht erst seit wenigen Tagen, sondern schon seit geraumer Zeit krank ist. Wie nun aus obigen hervorgeht, sind unsere Kollegen stark von der Arbeitslosigkeit betroffen, dies wird aber in den kommenden Monaten nicht besser, sondern schlimmer werden. Wenigen ist es gelungen, während der Zeit des guten Geschäftsganges etwas zu ersparen, vielfach haben sie sich auch gelehnt, den Verbandsbeitrag zu zahlen, so daß sie ohne Hilfe von irgendwelcher Seite dem Hunger überliefert sind. Daß ein längere Zeit arbeitslos, von Hunger und Sorgen gequälter Arbeiter, jeder Unterstützung bar, sich an den Unternehmer zu jedem Preis und zu allen Bedingungen verkauft, ist klar, denn er muß leben. Daß ein solcher Zustand die allgemeinen Arbeitsverhältnisse verschlechtert, der Lohn sinkt, die Arbeitszeit länger wird, wird jeder Kollege, jede Arbeiterfrau begreifen, ob organisiert oder nicht. Dieser Zustand kann aber nur dadurch beseitigt werden, daß alle Berufscollegen, ob sie im Handel, im Fuhrwerksbetrieb oder sonstwo beschäftigt sind, Mitglied des Transportarbeiterverbandes werden.

Literarisches.

Im Verlag von J. H. W. Dieb Nachf in Stuttgart ist soeben erschienen: Volkswirtschaftliche Grundbegriffe mit besonderer Veranschaulichung der ökonomischen Grundbegriffe von Karl Marx. Als Leitfaden für Unterrichtskurse von Dr. Hermann Lander. 60 Seiten. Preis gut geheftet 40 Pf.

Ueber die Gründe, die ihn zur Abfassung des Leitfadens veranlaßten, schreibt der Verfasser folgendes: "Mehr als letzten mir meine Hörer und Schüler den Wunsch mit, ein Büchlein zu besitzen, das den Gedankengang der acht Vorträge meines Unterrichtskurses 'Volkswirtschaftliche Grundbegriffe' wiedergibt und sie gleichzeitig in den Stand setze, an der Hand wichtiger Axiome und Hinweise das Gehörte privatim oder in kleineren Leses- und Diskussionsclubs — zu denen erfreulicherweise vielerorts die Schüler zusammengetreten sind — zu befestigen und zu ergänzen. Wie meinen Schülern möchte das Büchlein auch den Veranlassern ähnlicher Kurse kurzgefaßtes Material und einige Fingerzeige geben."

Mar Fluge, Leipzig *

Einer der alten Garde ist am 27. Oktober in Leipzig von uns gegangen. Mar Fluge war einer der ersten, als in Leipzig der Markarbeiterverein aller Branchen gegründet wurde. Fluge war es, der schon 1896 zu Zeiten des Halberstädter Kreuzstreik in Leipzig für die Zentralisation wirkte. Und in Altenburg vertrat er seine Anschauungen mit aller Kraft. Unser Mar stellte sich dann in der Zeit der ärgsten Anfeindungen als Vertrauensmann an die Spitze der noch kleinen Leipziger Kämpferschar und wirkte auf diesem Posten nach besten Kräften jahrelang. Krankheit und mißliche Familienverhältnisse waren Veranlassung, daß er in der neueren Zeit mehr vom Kampflplatz zurücktrat; aber treu geblieben ist er unserer Sache, bis ihm jetzt die Proletarierkrankheit im Alter von erst 49 Jahren dahinharrte. Möge ihm die Erde leicht sein. Dem wackeren Arbeiter in der Ernntzeit unseres Verbandes werden die Kollegen ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Verbandsvorstand.

Mitteilungen des Vorstandes.

Wir ersuchen alle Ortsverwaltungen, soweit dieselben die Tätigkeitsberichte für das 3. Quartal d. J. noch nicht eingekandt haben, dieses umgehend bewerkstelligen zu wollen. Ferner bitten wir dringend, unsere vor kurzem versandten Mitteilungen betreffend rückständiger Tätigkeitsberichte für das erste und zweite Quartal 1908 und Fragebogen betr. der Chaussee zu beherzigen und auch dieses Material sofort einzusenden.

Ausgeschlossen wurden auf Grund des § 3, Absatz 7a und b die nachstehend verzeichneten Mitglieder: In Dresden: Ernst Otto Kunze, Spt.-Nr. 152 665 und Bruno Langer, Spt.-Nr. 151 697. In Ohlau: Fritz Brodel, Spt.-Nr. 7, Hermann Buchdalle, Spt.-Nr. ? und Heinrich Schöbel, Spt.-Nr. 8. In Rathenow: D. Frehle, Spt.-Nr. 295 421.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

J. A.: Oswald Schumann, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr.

Verantwortl. Redakteur: Emil Kiebel, Uchenberg. Verlag der Buchhdlg. "Courier", C. Schumann-Berlin. Druck: Maurer u. Dimmid, Berlin, Adalbertstr. 22

An die Mitglieder sämtlicher Verwaltungsstellen des Bezirks Groß-Berlin.

Amtliche Arbeitslosenzählung.

Unsere Kolleginnen und Kollegen machen wir hierdurch ganz besonders darauf aufmerksam, daß am **Dienstag, den 17. November d. J.**, eine **amtliche Arbeitslosenzählung** für die Stadt Berlin und ihre Vororte stattfindet. Jeder arbeitslose Kollege oder Kollegin hat sich an diesem Tage in einem seitens des Magistrats resp. Gemeindevorstandes bekannt gegebenen Zählbureau zu melden und dabei als Legitimation die Invalidentarte vorzuzeigen.

Für Berlin werden in den gesamten 154 Gemeindegemeinschaften Zählbureaus errichtet. Die Zählung findet hier für männliche Arbeitslose in der Zeit von 8-12 Uhr vormittags und für weibliche Arbeitslose in der Zeit von 12-3 Uhr nachmittags statt.

Im Uebrigen ersuchen wir auf die diesbezüglichen amtlichen Bekanntmachungen, welche noch für Berlin und die Vororte erlassen werden, getreu zu achten. Kolleginnen und Kollegen! Die Behörden, welche bei früher in Erscheinung getretenen Krisen den Standpunkt vertraten, es existiere keine übermäßige Arbeitslosigkeit und infolgedessen auch kein Mangel, sind unter dem Zeichen des zur Zeit herrschenden wirtschaftlichen Niederganges scheinbar eines besseren belehrt worden, wenigstens wird von der Seite aus diesmal der Sache mehr Beachtung geschenkt.

Es ist deshalb unbedingt notwendig, daß jeder arbeitslose Kollege und jede arbeitslose Kollegin am Tage der Zählung, am 17. November, in einem der hierzu bekannt gegebenen Zählbureaus erscheint und dort die Zählkarte ausfüllen läßt. Nur dadurch, daß jeder seine Meldung ausübt, kann die wirkliche Zahl der Arbeitslosen und damit auch der wirklich herrschende Mangel der Arbeiterschaft festgestellt werden.

NB. Invalidentrentenempfänger gelten als Arbeitslose und ist es notwendig, daß auch diese sich am Tage der Zählung melden.

Voranzeige zur Gewerbegerichtswahl.

Am **Sonntag, den 29. November d. J.**, findet in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags, die Wahl von 70 Beisitzern für das Berliner Gewerbegericht statt.

Diese Wahl wird zum ersten Male nach dem Proportionalwahlsystem vorgenommen. Auf Grund dieses Systems ist es unseren Gegnern, den Gelben, Christlichen usw. möglich, auch für sich einige Sitze zu gewinnen, was den Betreffenden bei dem bisherigen freien Wahlsystem nicht möglich war.

In Rücksicht auf diese Tatsache ist es unbedingt notwendig, daß ein jedes Mitglied dafür sorgt und agitiert, daß die Wahlbeteiligung diesmal eine bedeutend stärkere wird, als dieselbe bei den früheren Wahlen gewesen ist. Wir haben ein eminentes Interesse an dem Gewerbegericht. Wir haben aber auch ein großes Interesse daran, daß unsere bisherigen allen und bewährten Vertreter, die stets zu unserer vollen Zufriedenheit bei vorkommenden Fällen unsere Rechte vertreten haben, nach Möglichkeit wiedergewählt werden.

Deshalb ist es notwendig, daß diesmal jeder wahlberechtigte Kollege unter allen Umständen seine Stimme abgibt.

Wer sein Wahlrecht nicht ausübt, begeht ein Verbrechen an sich selbst.

Jeder Wähler muß am **Sonntag, den 29. November**, seine Stimme für die Liste I der freien Gewerkschaften abgeben. Je größer die Zahl der Stimmen ist, welche für diese (unsere) Liste abgegeben wird, desto kleiner ist die Zahl der Mandate, welche unsere Gegner erringen können. Um wirklich feststellen zu können, wer sich von unseren Mitgliedern an dieser Wahl beteiligt hat, wird seitens der Berliner Gewerkschaftskommission eine Kontrollmarke ausgegeben, die den Betreffenden in ihr gewerkschaftliches Mitgliedsbuch eingeklebt wird. Wir bitten deshalb unsere Kollegen, darauf zu achten und dafür sorgen zu wollen, daß sie nach Ausübung der Wahl sich diese Marke beschaffen.

Bestimmungen.

1. Arbeiter üben ihr Wahlrecht aus in der Wahlstelle, in welcher sie zur Zeit der Wahl wohnen; falls sie außerhalb Berlins wohnen, in der Wahlstelle, in welcher sie zur Zeit der Wahl beschäftigt sind.
2. Zur Teilnahme an den Wahlen ist nur berechtigt, wer das 25. Lebensjahr vollendet hat und zum Amt eines Schöffen fähig ist (Wahlrechtsverfassungsgesetz §§ 91, 92).
3. Arbeiter von Mitgliedern einer Innung, für welche ein Schiedsgericht in Gemäßheit des § 81 b Nr. 4 und der §§ 91-96 b der Gewerbeordnung errichtet ist, sind nicht wahlberechtigt.

Zwecks Ausübung der Wahl hat sich jeder Wahlberechtigte mit einer vorgeschriebenen Wahllegitimation zu versehen, welche von seinem Arbeitgeber oder von der Polizeibehörde bescheinigt ist.

In größeren Betrieben empfiehlt es sich, daß die Legitimationsformulare für die vorhandenen Wahlberechtigten ausgefüllt, und dann durch den Vertrauensmann oder einen hierzu bestimmten Kollegen, dem Unternehmer, resp. der Betriebsleitung, zur Unterschrift vorgelegt werden.

Die Legitimationsformulare sind in unseren Bureaus, Engelstr. 14-15, Adlerstr. 5, Alte Leipzigerstr. 1, Schillingstr. 6, sowie bei allen Betriebsvertrauensleuten und bei den angestellten Beitragskassierern zu haben. Ferner auch in unserem Bureau Charlottenburg, Kottbusstr. 3.

Jeder Wahlberechtigte ist verpflichtet, sich rechtzeitig vor der Wahl die Unterschrift für die Wahllegitimation zu beschaffen.

Ohne diese Legitimation kann Niemand sein Wahlrecht ausüben.

Die Bezirksleitung Groß-Berlin.

J. A. August Werner, Engelstr. 14-15, Zimmer 84. — Telefon: Amt 4, 2382.

NB. Dieser Nummer des Courier liegt ein von dem Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission herausgegebenes Flugblatt bei, welches unter anderem ein Verzeichnis der Stadtbezirke und Wahllokale zur Gewerbegerichtswahl enthält. Wir eruchen unsere Mitglieder, dieses Flugblatt aufzubewahren, damit sie sich am Tage der Wahl mit Hilfe desselben in jeder Hinsicht orientieren können.

Verwaltung Berlin I.

Hausdiener, Kutscher aus d. Wäsche-Verleihgeschäften.

Montag, den 7. Dezember, abends nur von 7 bis 9 Uhr, Abstempelung der Kontrollkarten im Bureau Arbeitsnachweis, Alte Leipzigerstr. 1. Spätere Abstempelungen finden nicht statt. Mitgliedsbücher müssen unbedingt vorgelegt werden. Wer ohne Buch erscheint, erhält keinen Stempel.

Die Branchenleitung, Wilh. Müller.

Achtung! Vertrauensleute!

Am Dienstag, den 8. Dezember, abends 8 Uhr:

Sitzung der Vertrauensleute.

Da wichtige Angelegenheiten zur Beratung stehen, darf keiner fehlen. Der Dozent.

Apotheken-Hausdiener!

Dieserigen Kollegen obiger Branche, welche bereits Mitglieder unserer Organisation sind, werden gebeten, umgehend ihre Adresse dem Bureau, Adlerstr. 5, mitzuteilen. Die Ortsverwaltung Berlin I.

Einkassierer und Kassenboten!

Am Donnerstag, den 26. November, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung

im Restaurant Engel, Seydelstr. 80, am Spittelmarkt. Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: „Die Bedeutung der diesjährigen Gewerbegerichtswahlen.“ 2. Diskussion. B. Verschiedenes.

Kollegen! In Anbetracht der wichtigen Tages-Ordnung ist das Erscheinen aller Kollegen unbedingt notwendig. Die Sektionsleitung, J. A.: Fr. Luckow.

Hausdiener, Packer, Radfahrer, Schaffner, Kutscher etc.

Am Montag, den 16. November 1908, abends 8 1/2 Uhr,

Oeffentliche Versammlung

im großen Saal der „Neuen Philharmonie“ (Keller), Köpenickerstr. 96/97.

Tages-Ordnung: Die völlige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und der 7-Uhr-Geschäftsschluss in den

Groß-Betrieben. Ref.: Reichstagsabgeordneter Gustav Noke.

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung I.

J. A.: F. Wappler.

Mitglieder der Ortskrankenkasse der Schneider.

Kollegen aus der Schneiderbranche! Macht von den wenigen Rechten, die euch als Mitglieder der Kasse gewährt werden, Gebrauch, indem ihr euch Mann für Mann an der am Sonntag, den 25. November, von vormittags 10 bis nachmittags 3 Uhr stattfindenden Delegiertenwahlen beteiligt. Die Wahl findet in der Lebensquelle, Kommandantenstr. 20, statt. Da die christlichen Gewerkschaften eine energische Agitation entfalten, ersuchen wir die Kollegen, deren Frauen oder Töchter in dieser Kasse versichert sind, sich ebenfalls zahlreich an der Wahl zu beteiligen. Die Liste der Freiorganisierten fängt mit dem Namen Albrecht an und endet mit dem Namen Zülke. Mitgliedsbuch oder Legitimationskarte legitimiert.

Verwaltung Berlin II.

Kohlenarbeiter und Kutscher Groß-Berlins.

Am Sonntag, den 15. Novbr., abends 6 Uhr:

Gr. Versammlung mit Frauen

in den Industriefesthallen, Deuthstr. 19/20.

Tages-Ordnung: 1. „Die Bedeutung der diesjährigen Gewerbegerichtswahlen.“ Referent: Genosse Paul Liebenow. 2. Diskussion. B. Geschäftliches.

In Anbetracht des wichtigen Vortrages ist es unbedingt notwendig, daß alle Kollegen erscheinen und ihre Frauen mitbringen. Die Sektionsleitung, J. A.: H. Block.

Fensterputzer

aus allen Betrieben Berlins.

Große Versammlung

am Donnerstag, den 19. November 1908, abends

6 Uhr, in Feuersteins Festhallen (Zuh. W. Aube), Alte Jakobstraße 75.

Tagesordnung: 1. „Die Bedeutung der Gewerbegerichte.“ Referent: Kollege Paul Liebenow. 2. Diskussion. B. Verschiedenes.

Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.

Die Sektionsleitung, J. A.: Lambrecht.

Louis Kellers Festfale (Inhaber Freyer)
Koppenstr. 29.

Mittwoch, den 18. November 1908 (Vufstag):

Grosses Konzert

veranstaltet vom Männerchor der Handels- u. Transportarbeiter, gegründet 1897, Mitglied des Arbeiter-S. u. V. Chorvereins; Herr S. Zuchsdorf.

Unter Mitwirkung des Berliner Sinfonie-Orchesters, Dirigent Herr Maximilian Fischer; des Cello-Solisten Herrn Fr. Große und der Konzertsänger Silda und Tommy Steffens.

Anfang des Konzerts 6 Uhr. Eröffnung des Saales 5 Uhr.
Billet 30 Pfg.

Während des Konzerts bleiben die Saaltüren geschlossen. Programme und Liedertexte am Eingang gratis.

Nach dem Konzert: **Gr. Ball.**

Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pfg. nach. Einen genußreichen Abend versprechend, ladet freundlich ein **Das Comité.**

Billets sind zu haben bei allen Sangesbrüdern, sowie an den bekannten Stellen.

Rollkutscher, Begleiter, Bodenarbeiter.

Am Mittwoch, den 18. November (Vufstag), abends 6 Uhr, bei Docker, Weberstr. 17:

Großer Lichtbilder-Vortrag

über: **Durch die Polarländer Nord-Amerikas**

mit anschließender humoristischer u. Kinder-Unterhaltung. Vortragender: Herr Karl Miasch.

Nach dem Vortrag: **Geselliges Beisammensein u. Tanz.** Die Kollegen werden gebeten, mit ihren Frauen und Kindern vollständig zu erscheinen.

Programme à 25 Pfg. sind bei den Betriebs-Vertrauensleuten vom 1. November ab zu haben.

Die Sektionsleitung. J. A.: F. Wüschel.

Achtung! Mitglieder aller Branchen der ehemaligen Verwaltung Charlottenburg und Umgegend.

Am Sonnabend, den 21. November 08, findet in den Gesamträumen des „Volkshauses“, Charlottenburg, Rosinenstraße 3, unser

8. Stiftungs-Fest

statt. — Auftreten des berühmten „Berliner Alt-Trio“, sowie des Gesangsvereins „Männerchor der Handels- und Transportarbeiter“ (W. d. A. S. V.). Konzert ausgeführt von Zivilberufsmüllern.

Nach dem Konzert: **GROSSER BALL.**

Billets für Herren 50 Pfg., Damen 30 Pfg. Tanz frei! Da alles aufgeboten wird, um das Fest recht angenehm zu gestalten, sind Kolleginnen und Kollegen, sowie Freunde und Gönner freundlichst eingeladen. **Das Komitee.**

Mitglieder sämtl. Ortsverwaltungen aus den Bezirken Rixdorf, Britz und Treptow!

Am Sonntag, den 6. Dezbr. 1908, abends 6 Uhr,

Grosse Versammlung

bei Zitel, Rixdorf, Bergstraße Nr. 151—152.

Tages-Ordnung: „Die Kriegshetze an der Arbeit“ Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Friz Rubeil.

2. Diskussion. 3. Geschäftliches. Kollegen! Bei der äußerst interessanten Tagesordnung erwarten wir, daß alle Kollegen nebst ihren Frauen zu dieser Versammlung erscheinen.

Nach dieser Versammlung geselliges Beisammensein nebst **Tanz.**

Die Distrikts-Kommission. J. A.: Franz Mohr.

Mitglieder aller Branchen!

Am Donnerstag, den 26. November, abends 8 1/2 Uhr, in den Musikerkäfen, Kaiser Wilhelmstr. 18 m:

Ordentl. General-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Stellungnahme zu dem Antrag der Bezirksleitung betreffs Zusammenschluß der bisher bestehenden Verwaltungen für Berlin und Vororte zu einer einheitlichen Ortsverwaltung für den Bezirk Groß-Berlin. 3. Geschäftliches.

Kollegen und Kolleginnen! Wir erwarten, daß Ihr fleißig für guten Besuch der Versammlung agitiert und alle vollständig erscheint. Zutritt ist nur gegen Vorzeigung des Verbandsbuches gestattet.

Wir eruchen daher die Betriebskassierer, falls sie Mitgliedsbücher in Verwahrung haben, dieselben zwecks Besuches der Generalversammlung an die betreffenden Kollegen rechtzeitig auszuhandigen.

Wer mit seinen Beiträgen über 10 Wochen im Rückstande ist, hat keinen Zutritt.

Die Verwaltung H. J. A.: Albert Uthoff.

Leitergerüstbauer aus allen Betrieben Berlins u. Umg.

Am Sonntag, den 15. November 1908, vormittags 10 Uhr:

Grosse Versammlung

im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27 c.

Tages-Ordnung: 1. Neuwahl der Sektionsleitung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

In Anbetracht der äußerst wichtigen Tages-Ordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, bestimmt und pünktlich zu erscheinen. Kollegen, welche noch nicht Mitglieder unseres Verbandes sind, sind als Gäste willkommen. Neue Mitglieder können aufgenommen und Beiträge bezahlt werden.

Die Sektionsleitung. J. A.: S. Walter.

Lagerarbeiter, Packer und Packerinnen der Anilinfabrik Treptow und Rummelsburg.

Am Sonntag, den 15. November, abends 6 Uhr:

Gemeinsame Versammlung

bei Tempel, Alt-Borhagen 56.

Tages-Ordnung: 1. Nutzen und Wert der Gewerkschaftsorganisation: Referent Kollege Friz Lambrecht. 2. Diskussion und Geschäftliches.

Kolleginnen und Kolleginnen! Da diese Versammlung für die Kollegen aus beiden Abteilungen der Fabrik als eine gemeinsame arrangiert wurde, so erwarten wir, daß Ihr alle recht pünktlich und vollständig erscheint.

Die Vertrauensleute.

Kellerarbeiter und Kutscher aus den Grossdestillationen, Wein- u. Bierstuben Gross-Berlins.

Am Mittwoch, den 25. November, abends 8 Uhr bei Engel, Seydelstr. 30,

Große Versammlung

aller in diesen Branchen beschäftigten Kolleginnen und Kollegen.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Liebenow über: „Die bevorstehenden Gewerbegerichtswahlen und ihre Bedeutung für die modernen Gewerkschaften.“ 2. Diskussion. 3. Geschäftliches und Mitteilungen.

Kollegen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kollegen dringend notwendig.

Die Sektionsleitung. J. A.: Friedrich Voigt.

Mitglieder aller Branchen von Ober- und Nieder-Schöneweide.

Am Sonntag, den 29. November, abends 6 Uhr,

Gr. Versammlung mit Frauen

im Lokal von Zietoff, Westendstr. 17.

Tages-Ordnung: 1. „Die Wirtschaftskrise und ihre Bedeutung für die Arbeiterchaft.“ 2. Diskussion. 3. Geschäftliches.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Die Bezirksleitung. J. A.: M. Bode.

Mineralwasserkutscher, Abzieher u. Flaschenspüler aus den Mineralwasserbetrieben Berlins und Umg.

Am Donnerstag, den 19. November, abends 8 1/2 Uhr:

Große Monats-Versammlung

bei Freyheit, vormals Patt, Dragonerstr. 15.

Die Ausstellung und Abstempelung der Kontrollkarten findet in der Versammlung statt.

Die Sektionsleitung. J. A.: Otto Warmuth.

Bau- und Arbeitskutscher sowie Miffahrer, Stalleute und Arbeiter aus allen Betrieben in den Bezirken Moabit, Wedding u. angrenzenden Stadtteilen.

Am Sonntag, den 15. November 1908, vorm. 10 1/2 Uhr, im Lokal Fortauer (Zuh.: Schwarz), Tegelerstraße 55/56.

Deffentliche Versammlung

Tagesordnung: 1. Die Gewerbegerichtswahlen am 29. November 1908. Referent: Kollege M. Franke. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Die Distriktsleitung.

Jugend-Abteilung.

Sonntag, den 29. November 1908:

Heiterer Vortragsabend

mit Lichtbildern

in Kellers Neue Philharmonie, Köpenickerstr. 96/97. Rezitation von Herrn Wilhelm Spohr, Schriftsteller, veranstaltet von der Jugendsektion des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Program m:

1. Teil. Gedichte von Heinrich Heide, Gustav Falke, Detlev von Billewicz, Richard Dehmel, Otto Julius Bierbaum usw.
2. Teil. Kleine Gedichte von Wilhelm Busch aus „Kritik des Herzens“ und „Zu guter Letzt“.
3. Teil. Vorlesung mit Lichtbildern: „Fulchen“ von Wilhelm Busch.

Nach dem Vortrage: **TANZ.**

Eintritt einschließlich Tanz 30 Pfg. Anfang 6 Uhr. Billets sind im Arbeitsnachweis und bei den jugendlichen Bezirksführern zu haben.

Das Jugendheim befindet sich im Gewerkschaftshaus, Engel-Afer 15, Stflg. 3 Trp., und ist jeden Sonntag in der Zeit von 4 Uhr nachmittags bis 10 Uhr abends für jeden jugendl. Arbeiter geöffnet.

Verwaltung Berlin IV.

Automobilführer!

Am Freitag, den 20. November 1908, abends 9 Uhr, findet im „Gesellschaftshaus Berliner Musiker“, Kaiser Wilhelmstr. 18 m, unsere nächste

Deffentliche Monats-Versammlung

statt. Tages-Ordnung:

1. Die Automobilführer und das Gewerbegericht. Referent: Bezirksleiter von Groß-Berlin, Kollege Aug. Werner. 2. Diskussion. 3. Das Automobilhaftpflichtgesetz im Reichstag und Verschiedenes.

In anbetracht der wichtigen und interessanten Tages-Ordnung erwarten wir von den Kollegen, daß für einen guten Besuch der Versammlung agitiert wird. Unserem Verbands noch fernstehende Kollegen sind mitzubringen und als Gäste willkommen.

Die Sektionsleitung.

Bekanntmachungen.

Bezirk Kreuzberg. Am Montag, den 16. d. M., abends 9 Uhr, Sitzung im Lokal von Saff, Hornstr. 2.

Verantwortl. Redakteur: Emil Nebel, Lichtenberg.

Tages-Ordnung: 1. Unsere Stellung zu den Gewerbegerichtswahlen. 2. Wahl des Bezirksführers und Stellvertreters.

Bei der Wichtigkeit der Tages-Ordnung ist pünktliches und vollständiges Erscheinen geboten.

Bezirk Wilmersdorf. Jeden Montag nach dem 15. d. M. Sitzung im Lokal von Käslar, zur Lauenburg, Lauenburgerstr. 20.

Bezirk Rixdorf. Jeden Freitag nach dem 15. d. M. Sitzung im Lokal von Schleusner, Rixdorf, Reuterstr. 74.

Die Kollegen werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Bezirk Moabit. Am Dienstag, den 17. d. M., abends 9 Uhr, Sitzung im Lokal von Ritter, Stephanstr. 31.

Tages-Ordnung: 1. Unsere Stellung zu den Gewerbegerichtswahlen. 2. Verschiedenes.

Bezirk Osten. Am Donnerstag, den 19. d. M., abends 9 Uhr, Sitzung im Lokal von Litfin, Memelerstr. 67.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag bezw. der Wahlen der Arbeitnehmer zum Gewerbegericht. 2. Geschäftliches.

Ortsverwaltung Spandau.

Im Monat November finden nachstehende Bezirks-Versammlungen statt:

Bezirk I. Am Montag, den 16. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Feuerherd, Kunststr. 21.

Bezirk II und III. Am Dienstag, den 17. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Mette, Bismarckstr. 6.

Bezirk IV. Am Montag, den 16. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Schröter, Bichelsdorferstr. 5.

Bezirk V. Am Dienstag, den 17. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Matzig, Nauenerstr. 10.

Bezirk VI. (Staaken). Am Donnerstag, den 19. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Ww. Gnädig, Gamsburgerstraße.

Tages-Ordnung in allen Versammlungen:

1. Das Krankenversicherungsgesetz und die bevorstehenden Wahlen zur Ortsfrankenkasse. 2. Wie gestalten wir am besten unsere Agitation? 3. Diskussion. 4. Wahl zweier Festkomiteemitglieder und eines Bezirksführers. 5. Anträge. 6. Verschiedenes.

In anbetracht der äußerst wichtigen Tages-Ordnung, besonders des Punkt 1, eruchen wir alle Mitglieder, unbedingt in ihren Bezirks-Versammlungen zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung. Die Bezirksleitungen.

Verlag der Buchhdlg. „Courier“, O. Schumann-Berlin.

Druck: Maurer u. Dimmich, Berlin, Adalbertstr. 37.

